

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN

Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands

Nr. 45 vom 11. November 1983

17. Jahrgang

1 DM

Die Krise und das Kapital

Es gab einmal eine Zeit — lang, lang ist es her — da wurde folgende Geschichte erzählt: Wer bei uns wirklich will, der kann es zu etwas bringen, sogar zum Großunternehmer. Und es wurden dann Namen aufgezählt. Borgward etwa oder Grundig oder noch ein paar andere. Und als diese „neuen Konzernherren“, die so stolz als Beweis fürs gute System herumgekreicht worden waren, der Reihe nach entweder Pleite gingen oder sich zum kleineren Partner von Riesenmonopolen zurückentwickelten, und also die Namensliste kleiner wurde, da stand immer noch der Name Esch.

Jetzt steht auch er nicht mehr und die Geschichte kann zwar weiter erzählt werden, aber entweder ohne Personen, oder aber auf einer Stufe weiter unten. Etwa: Es war einmal ein Pommesbudenbesitzer... Eschs IBH wurde zahlungsunfähig und um ein Haar hätte sie auch die SMH-Bank mitgerissen in den Krisenstrudel. Und SMH — das ist schon kein solcher Name eines Möchtegern-Märchenprinzen mehr, der seine Abenteuer auf dem Rücken zehntausender Beschäftigter erlebt. Nein, das Bankhaus von Schröder & Münchmeyer, das ist schon altes, „klassisches“ Kapital.

Und noch anderswo tauchen plötzlich altberühmte oder auch: berühmte Namen auf, im Zuge von Konzerngruppierungen. Was bei der Gutehoffnungshütte zunächst nur so ausgesehen haben mag, als handele es sich um einen Managertausch, als sei nur ein Herr Lennings plötzlich eben bei den Eigentümern unpopulär geworden, das stellt sich jetzt zunehmend mehr als ein Manöver dar, eine solche wichtige Gruppe der Finanzkapitalisten wie die Haniels aus dem Konzern herauszudrängen.

Es kommt also, ganz offensichtlich, zu Auswirkungen der kapitalistischen Krise bis in die inneren Kreise des Finanzkapitals hinein — was bisher immer als Argument gegen eine echte Krisenentwicklung vorgebracht wurde, geht so nicht mehr ohne weiteres. Hektische Aufregung an Börsen und im Bankenverein wurde registriert, neue Kontrollgesetze gefordert — was beides zeigt, daß da „Wirkung“ erzielt wurde.



Bericht vom IG-Drupa-Kongreß

Seite 5



Jassir Arafat und tausende seiner PLO-Kämpfer stehen im Nord-Libanon unter schwerem Beschuß von radikalen Kräften innerhalb der PLO, die von Syrien unterstützt werden!

Diese neuen blutigen Auseinandersetzungen schwächen den Kampf für die gerechte Sache des palästinensischen Volkes, schwächen seinen Kampf für einen freien unabhängigen Staat für dies leidgeprüfte Volk.

Dazu unser Kommentar auf Seite 11: Der mörderische Bruderkrieg.

Erneuter Verzicht von ARBED-Belegschaft erpreßt

Saurer Regen über Stahlarbeitsplätzen

Krupp, Thyssen, Hoesch: Stahlbosse im Schlußangriff.

Lange wurde diskutiert und taktiert, an Konzepten gebastelt. Moderatoren des Finanzkapitals entwarfen das eine Projekt, die NRW-Regierung das andere — dann war Funkstille. Währenddessen wurde in den Betrieben der Stahlbranche aber weiter rationalisiert, weiter — über Sozialpläne — entlassen. Jetzt, so hat es den Anschein, soll sozusagen die Schlußoffensive erfolgen. Nur wenige Tage nachdem in Dortmund die Hoesch-Belegschaft die Schließung der P4-Straße auf der Westfalenhütte hinnehmen mußte, muß die ARBED-Belegschaft ganz entscheidend auf Sozialplanzahlungen verzichten.

Zur selben Zeit, da nun auch bei Thyssen ganz konkrete Entlassungspläne bekanntgegeben werden, da auch in einer Stadt wie Witten zehntausend Menschen gegen Arbeitsplatzvernichtung bei den Edelfabrikanten protestieren, wird im Saarland der Verzicht erpreßt.

Eine Einkommenskürzung von mindestens 8 Prozent sollen Belegschaftsangehörige hinnehmen müssen, die über Altersregelung den Betrieb verlassen. So sprach die Einigungsstelle für ARBED. Unisono zuvor der Ton in Presse und Fernsehen: Die Regierung sei bereit nochmals zu zahlen, wenn die Arbeiter und Angestellten „auch einen Beitrag“ leisteten. „Sonderopfer“ werden auch von der Krupp-Belegschaft gefordert, so ähnlich, wie im Vorjahr noch

bei ARBED.

Offensichtlich ist hier einiges in Gang gekommen, geht es hier voran — nach rückwärts. Für das Saarland ist dies am deutlichsten, wo ja fast ein Viertel aller Arbeitsplätze von ARBED abhängt — man konzentriert sein Geld auf gewinnträchtige Branchen, auf gewinnträchtige Teilproduktionen, ansonsten wird rundum abgebaut. Gerade deswegen war auch die konzentrierte Hetze gegen die Belegschaft im Saarland so stark — und auch erfolgreich.

Auf ein Opfer folgt das nächste und am Ende steht die Arbeitslosigkeit — das zeigt allein schon die Erfahrung. Wo bleiben die Konsequenzen einer IG Metall, der jeden Tag vom Kapital in die Fresse gehauen wird?

Wo bei ARBED ein Herr Krackow kaltlächelnd des Rudolf Judith ganzen Stolz, den 78er Vertrag zur Sicherung der Arbeitsplätze kündigt? Eine Gewerkschaft, die sich dermaßen die Butter vom Brot nehmen läßt, wie die IGM im Stahlbereich, die jahrelang mit Kompromissen Erfolge ausweisen wollte, die sich im Nachhinein als die Straße der Niederlage erweisen, die darf sich nicht wundern, wenn sie plötzlich in der Ecke ist.

Höchste Zeit Schluß zu machen mit der sozialpartnerschaftlichen Herangehensweise — sie ist, für alle — unabhängig von ihrer politischen Position — sichtbar am Ende angelangt. Klassenkampf statt Sozialpartnerschaft — das muß aus einer Strömung zur Hauptlinie der Gewerkschaft werden!

Sicherheitsvorkehrungen werden abgebaut

Neue Störfall-Leitlinien für AKWs: Kein „GAU“ mehr möglich?

Ein Kostenfaktor wird beseitigt...

Noch im November will das Bundesinnenministerium des Herrn Zimmermann die neuen Leitlinien für Störfälle in Atomkraftwerken verabschieden. Diese Leitlinien schreiben den Betreibern der AKWs vor, gegen welche Störfälle sie in ihren Kraftwerken Sicherungen einbauen müssen. Sie sollen jetzt an einem ganz entscheidenden Punkt verkürzt werden.

Der in der Vergangenheit stets am intensivsten debattierte Störfall „Totalabrieb der Hauptkühlmittelleitung“ ist in den neuen Zimmermannschen Leitlinien schlichterdinges nicht mehr vorhanden. Dabei war gerade dieser mögliche Vorfälle bisher als der berüchtigte „Größte anzunehmende Unfall“ (GAU) interpretiert worden.

Dieser Schritt bedeutet die Beseitigung eines wesentlichen Kostenfaktors für Erbauer und Betreiber von AKWs. Wenn man vom Regelfall ausgeht, kostet der Bau eines neuen AKW zwischen vier und sechs Milliarden Mark. Davon machten bisher die Kosten für Stoßdämp-

fer, die eben einen Bruch der Hauptleitung auffangen sollten rund 10 Prozent aus, zwischen 300 bis 500 Millionen Mark.

Begründet wird dieser Wegfall mit der unbewiesenen Behauptung, die neuen, zum Bau der Hauptleitungen benutzten Materialien seien eben wesentlich verbessert worden und entscheidend sicher.

Diese Kostenersparnis für die Betreiber ist aber nur ein Punkt, der bei den neuen Richtlinien auffällt, wenn auch der wichtigste, weil er die entscheidende Frage im Zusammenhang mit den AKWs am klarsten aufwirft. Sicherheit gegen Profit

lautet sie, einfach ausgedrückt. Die neuen Leitlinien sind aber auch ganz konkret an die nächsten geplanten AKWs angepaßt, so daß deren Abnahme beschleunigt werden kann.

Die konservative Bundesregierung ist also in vollem Zuge dabei, eines ihrer Wahlversprechen an die Kapitalisten zu erfüllen: Der beschleunigte und durch weniger Vorschriften und Einspruchsrecht freiere Bau von Atomkraftwerken in der BRD. So wird sich der vielbeschworene „Stau von Investitionskapital“ der gerade für diesen Bereich — durchaus zu Recht — stets genannt wurde allerdings auflösen. Zugunsten der AKW-Profiten. Zugunsten der Sicherheit. Zugunsten der Arbeitsplätze im Steinkohlebergbau. Zugunsten der sogenannten Kleinkunden (private Haushalte) der Stromkonzerne.

Grenada — Nicaragua

Reagan schließt weitere Invasion nicht aus

Honduras will Krieg gegen Nicaragua

US-Präsident hat jetzt dagegen protestiert, den Einmarsch der US-Truppen, wie er es selbst zunächst getan hat, als „Invasion“ zu bezeichnen. „Rettungsmission“ will er den Überfall auf die Inselrepublik in der Karibik jetzt genannt wissen. Und die US-Truppen verdienen nach Ronald Reagan die Bezeichnung „Helden des Friedens“. Ein Eingreifen dieser „Helden des Friedens“ in anderen Ländern wollte Ronald Reagan auf einer Pressekonferenz in Washington nicht ausschließen.

Gleichzeitig gab das US-Verteidigungsministerium bekannt, neun US-Kriegsschiffe unter Führung des Flugzeugträgers „America“ begannen jetzt umfangreiche Manöver in der Karibik.

Auf Grenada selbst fungiert jetzt — unter dem „Schutz“ der US-Truppen der britische Generalgouverneur Sir Paul Scoon als Staatsoberhaupt. In ersten Stellungnahmen hat er Maßnahmen zur „Normalisierung“ der Zustände auf der Insel angekündigt. Bekanntgeworden sind aber vor allem schon ellenlange „schwarze Listen“, Listen mit Namen von Menschen, die an der staatlichen Leitung und Verwaltung nicht mehr teilnehmen

können. Was in Grenada genau abläuft, hat in bemerkenswerter Offenheit ein Korrespondent der „Washington Post“ in der vergangenen Woche niedergeschrieben: „Die Vereinigten Staaten haben nach Abschluß der militärischen Eroberung Grenadas eine große Operation eingeleitet, um das Regierungssystem und die Wirtschaft der Insel nach dem Geschmack Washingtons umzugestalten.“

Fortsetzung auf Seite 11



US-Truppen auf Grenada: Vor wem schützen die Soldaten eigentlich die USA?

Von Sizilien bis England

Internationale Friedensaktivitäten

Nach den westdeutschen Aktionstagen gegen die Nachrüstung, nach Großdemonstrationen in Wien, in Brüssel und in Den Haag geht der Friedenskampf in vielen Teilen Westeuropas unvermindert weiter. Mehrere hunderttausend Menschen gingen in der griechischen Hauptstadt auf die Straße: gegen NATO, die Anwesenheit von US-Truppen im Land und die Stationierung neuer Atomraketen wurde dort protestiert. An den Stationierungsorten von Sizilien bis England laufen dauernd Blockaden und andere Aktionen.

In England konzentriert sich die Friedensbewegung vor allem auf ein Friedenscamp in Greenham Common, dem Stationierungsort für Cruise Missiles. Jeden Tag landen dort schon täglich zwei riesige „Galaxis“-Transporter aus den USA. Sie liefern Teile an den amerikanischen Militärstützpunkt — mit anderen Worten: die Stationierung hat begonnen.

Tausende Soldaten und Polizisten sichern das Gelände ab, riesige Schneisen werden in den Wald geschlagen, so will man den todbringenden Ort vor Demonstranten unter Kontrolle

halten. Der britische Verteidigungsminister hat jetzt „gewarnt“, daß gezielte Todeschüsse auf Friedensdemonstranten in der Umgebung des US-Stützpunktes nicht auszuschießen seien.

Die Nachrüstungsbefürworter haben sogar im dänischen Parlament eine Niederlage erlitten. Ein Beschluß, die Stationierung vorerst auszusetzen und nach einer Sondertagung des NATO-Ministerrats noch vor dem 22. November weiterzuverhandeln, hat viel innenpolitischen Wirbel ausgelöst.

Die Wandlung des H. B. oder: Von der Dachlatte zum Koalitionsangebot ...

„Rot-Grün“ in Hessen?

Das Ergebnis des hessischen Landesparteitags der SPD macht in der Tat stutzig. Ausgerechnet Holger Börner profiliert sich nun als Vorkämpfer zumindest

1. Bleibt natürlich festzuhalten, daß dies erst einmal nur ein Angebot ist, Gesprächsbereitschaft sozusagen, aber keineswegs ein Koalitionsabschluß. Das kann es werden, aber vorschnelle Urteile schaden nur. Das Angebot an sich ist aber bereits eine neue politische Tatsache — bisher gab es eine solche offizielle Zusammenarbeit der beiden Parteien nur in Kassel, dessen SPD-Bürgermeister schon seit längerem gestützt auf die Grünen seines Amtes waltet.

Das kann es werden: Aus zwei Gründen in erster Linie. Einmal hatten die Grünen auf ihrer Marbacher Konferenz vorher bereits mehrheitlich ihre Bereitschaft dazu erklärt. Die Aussage, die dort, gegen den Widerstand der sogenannten Fundamentalisten getroffen wurde, lautete nicht nur auf die Möglichkeit einer gemeinsamen Verabschiedung eines Landeshaushaltes, sondern beinhaltete auch die Möglichkeit der Wahl eines Ministerpräsidenten. Zum Zweiten, weil die SPD in ihrem neuen Landesprogramm für die Regierung ja tatsächlich eine Reihe von Veränderungen vorgenommen hat, die der Politik der Grünen durchaus entgegenkommen. Vor allem in verschiedenen kleineren Projekten, in der Tendenz aber auch, was das AKW Biblis und die Wiederaufbereitungsanlage betrifft.

Zweitens gab es ebenso natürlich in beiden Parteien einen inneren Prozeß, als Resultat der politischen Entwicklung entstanden, der auf eine solche Vorgehensweise, auf wachsende Gemeinsamkeiten hinauslief.

Das Wahlergebnis selbst hatte zuerst die SPD-Führung in Hessen auf verschiedene Weise zum Handeln gezwungen. Sie hatte zwar die Wahl politisch gesehen deutlich gewonnen, aber ihr Ziel einer absoluten Mehrheit der Wähler eben nicht erreicht. Daß die SPD-Regierung sich nicht auf die Dauer als bloß „geschäftsführender Ausschuß“, wie es der Landesverfassung entspricht, behaupten kann, war klar.

Politisch gesehen gab es nun zuerst drei Möglichkeiten und

mit Sicherheit wäre Holger Börner, theoretisch zumindest, eine Neuaufgabe der SPD-FDP-Koalition am liebsten gewesen. Diese aber scheiterte von vornherein an der Haltung der FDP, die ja gerade in Hessen eine Vorreiterrolle als „Wendepartei“ gespielt hatte, was die Partei natürlich geprägt hat, von Führung und Mitgliedschaft her noch weiter nach rechts gerückt.

Eine große Koalition mit der CDU scheiterte nicht von vornherein. Sie ist aber faktisch heute gescheitert. Einmal, weil die CDU es politisch abge-

einer Koalitionsmöglichkeit mit den Grünen. Wie kam das zustande und was bedeutet es für die „politische Landschaft“?

sicher nicht im Interesse derjenigen Großkapitalisten läge, die sie finanzieren und in ihr den meisten Einfluß haben. Der Kernpunkt bei einer Koalition ist eben der politische Inhalt und den der SPD will man bei der CDU nicht, sondern wenn, dann will man rechte Sozialdemokraten als Erfüllungsgehilfen der „Wende“ (oder, später, anderer Vorhaben).

Zum anderen aber auch, weil die SPD sie nicht haben will. Logischerweise will die SPD-Führung, und sei es nur aus ausschließlich parteitaktischen Überlegungen, dazu über-

desvorsitzender um 17 Prozent, von 74 auf 91, steigern konnte, zeigt, daß es hier eine solche Strömung innerhalb der Partei gibt. Und es liegt auf der Hand, und Umfragen weisen dies — so weit es diese Methode überhaupt kann — ziemlich deutlich nach, daß auch unter den Anhängern und Wählern der Partei eine solche Strömung recht stark und weiter erstarkend vorhanden ist.

So ist Börners Wandel natürlich erzwungen, kein offenes persönliches Umdenken. Erzwungen sowohl vom Wahlergebnis her, das ihn überhaupt



Atompolitiker Börner: Die Wandlung?

lehnt hat, „so viel“ sozialdemokratische Politik mitzutragen. Das sollte jenen zu denken geben, die stets sehr abstrakt über große Koalition hier und da reden, ohne die genauen Verhältnisse zu beachten. Börner gehört ganz bestimmt zu jenem Teil der SPD, den Strauß in seinen — von ihm selbst als wichtig, aber unaktuell, bezeichneten — Überlegungen zu einer großen Koalition „einbinden“ will, wie die Schmidt, Apel und auch Vogel. Die CDU hat es trotzdem abgelehnt, vor allem, weil sie so etwas keinesfalls als kleinerer Partner tun will, was

gehen, von ihrem Landesregierungen aus mehr Sozialdemokratismus zu signalisieren, im Bonner Kräfteverhältnis Alternativen darzustellen, so wie einst „Hessen vorn“. Nicht nur parteitaktische Erwägungen sind es sicherlich bei vielen SPD-Mitgliedern — dies hatte sich bereits auf dem Parteitag der SPD in Hessen-Süd gezeigt, der sich deutlich für die jetzt auf dem Landesparteitag beschlossene Vorgehensweise ausgesprochen hatte.

Das Wahlergebnis für Börner, der den Anteil der „Ja“-Stimmen für sein Amt als Lan-

erst zum Handeln zwang, als auch von der politischen Lage her, die ihm faktisch, aus den verschiedenen angeführten Gründen, ein anderes Vorgehen nicht gestattete. Oder nur gegen große Schwierigkeiten, nicht nur in der Parteimitgliedschaft, sondern auf allen Ebenen und auch unter möglicherweise großen künftigen Schwierigkeiten für sich selbst.

3. Eine sichtbare Entwicklung hat es aber auch in der Partei der Grünen gegeben. Wir

hatten aus Anlaß der Landtagswahlen in Hessen und Bremen geschrieben, daß diese Partei sich als parlamentarische Kraft etabliert habe. Eine Aussage, die ohne Zweifel stimmt. Aber eben auch: Mit deutlichen Verlusten in ihren hessischen Hochburgen der vorjährigen Landtagswahl. Die Auseinandersetzungen zwischen „Realpolitikern“ (die also eine Regierungsbeteiligung oder doch zumindest eine aktuelle Einflußnahme in den Vordergrund der Tätigkeit stellten) und „Fundamentalisten“ (die jegliche Zusammenarbeit mit anderen Parteien, speziell aber mit der SPD, ablehnten), die es schon einige Zeit innerhalb der Grünen gab, verschärfte sich im Anschluß an die Wahl eindeutig und führte zum Ergebnis dieser Marbacher Konferenz, die eine Zusammenarbeit anbot.

Daß dies keineswegs ein „Putsch von oben“ war, wie es die unterlegene Strömung bezeichnete, beweist das Verhalten beispielsweise des Kreisverbandes Großgerau (in dem beide hessischen Hochburgen organisiert sind), der sich für diese Zusammenarbeit aussprach.

Wobei dies gerade bei den Grünen keineswegs die einzige Entwicklung ist, dieser Prozeß spielt sich auf verschiedenen Ebenen, in verschiedenen Bereichen ab. Eben auch in — zumindest im wahlprogrammatischen Bereich — politischen Veränderungen, hin zu (eben: weitgehend sozialdemokratisch ausgerichteter) „beschäftigungsorientierter Politik“ (in erster Linie in NRW, aber auch überall dort, wo — bezeichnenderweise — Wahlkämpfe anstehen). Solch einen Prozeß gab es auch zum Teil in Hessen.

4. Das zeigt, daß diejenigen, die einen Prozeß der Parlamentarisierung der Grünen befürchten, weitgehend zu spät kommen, dieser Prozeß hat bereits stattgefunden — nicht in dem Sinne, daß er bereits zu Ende wäre, aber doch so, daß er schon weit fortgeschritten ist. Das zeigen ja auch die ständig wachsenden Unterschiede zwischen den Stimmzahlen, die die Grünen bei Wahlen erringen und dem, was sie an Potential bei Aktionen aus dem Kreis der zahllosen Initiativen mobilisieren können.

Und es ist ja eine Tatsache, daß — auch hier wieder nach Umfragen, aber auch nach politischen Erfahrungen — ein

großer Teil der Anhänger der Grünen gerade die Zusammenarbeit mit der SPD will.

5. Ohne Zweifel hätte eine solche Regierung, eine „grün-rote“ Koalition sowohl die Chance tatsächlich eine gewisse Alternative zu den Bonner Verhältnissen darzustellen, als sie auch die Kräfte des Großkapitals gegen sich haben würde, und auch von beiden beteiligten Parteien aus recht starken taktischen Winkelzügen unterworfen wäre.

Daß dabei ein ernsthafter Kurs auf gesellschaftliche Entwicklung in Konfrontation zur Bonner Politik herauskommen kann — und diese Konfrontation wäre tatsächlich die einzige Möglichkeit, etwas anderes durchzusetzen — erscheint angesichts der Umstände ihres Zustandekommens (bzw.: Möglicherweise) relativ wenig wahrscheinlich.

Denn diese „andere Politik“ ist ja zu messen an den entscheidenden aktuellen politischen Auseinandersetzungen. Sei es um US-Raketen, um 35-Stunden-Woche (und dabei, beispielsweise gerade in Hessen das Problem der Aussperrung) oder um Sozialabbau usw. Sicher kommen die rechten Sozialdemokraten dabei unter Umständen in einen gewissen Zugzwang, weil sie sich nicht mehr so oft, wie von jeher bei der FDP-Partnerschaft, auf den bremsenden Partner hinausreden können, wenn sie wieder einmal von Wahlversprechen oder Parteiprogrammen usw. abrücken wollen. Aber wie groß ein solcher Zwang wird, ist angesichts der bisherigen Haltung der Grünen beispielsweise bei der 35-Stunden-Woche (wo sie ja gegen die gewerkschaftliche Forderung nach vollem Lohnausgleich Stellung nehmen) nur so zu erwarten, daß es bestimmt kein dauerhafter „Drang nach links“ wird.

Von solchen konkreten Haltungen aus zu den aktuellen Problemen, zu den formulierten Interessen der Arbeiter und der werktätigen Bevölkerung her, aber auch von ihrer grundsätzlichen Haltung zur Bonner Regierung her und ihrem diesbezüglichen faktischen und praktischen Handeln, wäre das Wirken einer solchen Regierung, sei es in Form einer regelrechten Koalition, sei es in Form einer SPD-Regierung mit grüner Unterstützung — so es denn zustandekommt — zu beurteilen.

Spranger gegen Genscher: Und wer noch?

Zimmermanns Mann auf CIA-Kosten in Grenada

Deutlicher als vorher wurden in dieser Woche die Widersprüche in der Bonner Koalition zum amerikanischen Überfall auf Grenada. Die Reise des Staatssekretärs Spranger aus dem Innen(!?)ministerium, der die Einladung der CIA-Killertruppe zu einer Besichtigung annahm ist nach den in Bonn üblichen politischen Bräuchen eine Ohrfeige für Außenminister Genscher.

Warum, mag man sich fragen, eigentlich diese ganze Aufregung? Es fand sich doch in der Bonner Regierung keiner, der etwa den blutigen US-Überfall auf ein kleines Land, für schlecht befunden hätte. Die BRD war doch auch in der UNO unter der kleinen Gruppe jener Staaten, die den Überfall nicht verurteilten.

Aber es geht den Kontrahenten in dieser Auseinandersetzung um etwas anderes, um mehr: Um den Kurs in der Außenpolitik. Franz Josef persönlich hatte die Bundesregierung ja bereits gerügt, weil man nicht

ihn vorher gefragt hatte, also machten seine Leute in Bonn mobil, und da kam die Einladung des CIA einem Zimmermann und seinem Spranger gerade recht. Was das Ergebnis dieser Reise betrifft, so läßt es sich leicht vorhersagen: Gerade ein Herr Spranger wird das alles nahezu begeistert finden...

Für Genscher geht es dabei natürlich auch um das eigene politische Überleben. Nachdem es im Innenministerium und Justizministerium so ist, daß die FDP da keinerlei Rolle spielt, muß er sich ja wohl wenigstens an einem Punkt zu profilieren

versuchen, dafür kann man schon mal eine Kritik, die keine ist, riskieren. Für Strauß geht es um dieselbe Profilierung, auf zweierlei Weise: Einmal Profil einer anderen Politik, die offen ja sagt zu militärischen Aggressionen und nicht mehr drumherum redet, zum anderen Profil für sich als regierungsfähig und eigentlich auch — nötig.

Damit profiliert er sich auch ein weiteres Mal gegen den Kanzler Kohl, der zwar einmal mehr nichts Klares sagt, aber bisher doch, wenn überhaupt, für Genscher gesprochen hat. Der Kampf der verschiedenen reaktionären Strömungen in der Bonner Koalition hält also weiterhin an, verstärkt sich sogar eher wieder, schon jetzt muß man sagen, ein starkes halbes Jahr nach der Wahl und weitet sich auf verschiedene Felder aus.

Steuerpolitik à la Bonner Wende

Langfristiges Ziel: Abschaffung der Vermögenssteuer

Während über die nächsten steuerpolitischen Maßnahmen des Herrn Stoltenberg noch hin und her gerätselt wird, haben finanzpolitische Arbeitskreise der beiden Regierungsparteien und deren Sprecher gemeinsam ein neues, langfristiges Ziel auserkoren: Die völlige Abschaffung der Vermögenssteuer.

Ganz nebenbei, bei der Debatte um die Neubewertung von Grundbesitz, wurde dies zum ersten Mal offen und deutlich ausgesprochen. Der finanzpolitische Sprecher der FDP, der altbekannte Parteirechtsausen Gattermann plauderte dies so aus. Er sei, so sagte er, gegen eine Neubewertung von Grundbesitz. Und eigentlich, fügte er hinzu, seien er und seine Partei auch für das Ziel, das der CDU/CSU-Sprecher von Wartenburg formuliert habe. Dieser hatte betont, daß nach Meinung seiner Partei es ein Ziel sein müsse, die Vermögenssteuer ganz und gar abzuschaffen, weil sie substanzgefährdend sei. Näheres dazu wollte er noch nicht sagen, auch nicht, welche Substanz er denn meine.

Damit macht er sich natürlich Freunde. Vor allem bei denen, die Vermögenssteuer bezahlen müssen. Was dem Staat dabei in der Kasse verloren geht, kann man ja durch weitere Ab-

schaffung von „Sozialklimo“, wie das in jenen Kreisen heißt, wieder herbeischaffen.

Die Abschaffung der Vermögenssteuer, das ist ohne weiteres ein Schritt, der Wendeideologien so richtig ins Konzept paßt. Offene Klassenpolitik im Dienste der Kapitalisten, der Reichen, das ist ihre Leitlinie und das wird gerade hier besonders deutlich.

Herausgeber: ZK der KOMMUNISTISCHEN PARTEI DEUTSCHLANDS (Marxisten-Leninisten) KPD

Verlag Roter Morgen GmbH, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26. Bestellungen an Vertrieb, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Postscheckkonto Nr. 79 600-461, Bankkonto: Stadtparkasse Dortmund Nr. 321 000 290 (Verlag Roter Morgen), Telefon: 0231/43 36 91 und 43 36 92. Verantwortlicher Redakteur: Detlef Schneider, Dortmund. Druck: Alpha-Druck GmbH, 46 Dortmund. Erscheinungsweise wöchentlich freitags. Einzelpreis 1 DM. Abonnement: 60 DM für 1 Jahr 30 DM für 1/2 Jahr. Die Abo-Gebühren sind nach Erhalt der Vorausrechnung zu zahlen. Sobald die Rechnung beglichen ist, wird die Lieferung aufgenommen. Die Rechnungen werden entsprechend der Bestelldauer bis Nr. 26 bzw. 52 des Jahres ausgestellt. Kündigungen müssen bis spätestens einen Monat vor Ablauf bei uns eingehen. Andernfalls werden sie nicht berücksichtigt. Ausgenommen davon sind Geschenkabos.



Arbeitsplatzvernichtung in der Automobilindustrie

„Heiße“ Betriebsversammlung bei Opel

Kein „Kahlschlag“ sondern Roboter auf dem Vormarsch

Die teilweise hektischen außerordentlichen Betriebsversammlungen in den verschiedenen Opel-Werken haben sehr deutlich werden lassen, was es mit dem Aufschwung dieser kapitalistischen Wirtschaft auf sich hat. Daß es sich nämlich dabei keineswegs um ein „Zurück zu besseren Zeiten“ handelt.

Denn ohne Zweifel hat die Automobilindustrie ihre Absatzkrise von vor drei Jahren überwunden, ist also in dieser Beziehung ein Aufschwung da. Aber da platzte vor zwei Wochen die Meldung heraus, daß in den Opel-Werken in den nächsten Jahren sage und schreibe 13000 Arbeitsplätze vernichtet werden sollen.

Diese Meldung verursachte, wie immer, wenn es sich um große Maßnahmen handelt auch viel öffentliche Aufregung. Die Betriebsräte der Opel-Werke haben dagegen die Belegschaften dazu aufgerufen, für die 35-Stunden-Woche zu kämpfen — eine in diesem Zusammenhang mehr als naheliegende Forderung.

Die Betriebsräte aller drei Werke (Rüsselsheim, Bochum, Kaiserslautern) haben aber auch — einstimmig — ein Rationalisierungs-

sierungsschutzabkommen gefordert, bzw. einen Entwurf dafür ausgearbeitet. Darüber wurde viel diskutiert in den Reihen der drei Betriebsräte, gab es auch einige Kritiken, aber, wie gesagt, man einigte sich schließlich einstimmig auf diese Forderung. (Wir drucken den verabschiedeten nebenstehenden Entwurf ab und wollen in den nächsten Wochen eine kleine Diskussion darüber in unseren Spalten organisieren).

Diese Entwicklung bei Opel, bekannt geworden kurz nach ähnlichen Plänen bei der LKW-Produktion von MAN ist aber nur die Spitze des Eisbergs. Was jetzt praktisch wird, ist jenes Konzept der „Japanisierung“ der bundesdeutschen Automobilfabriken, wie es zur Zeit der letzten Absatzkrise ausgearbeitet worden war.

Bereits vor einigen Wochen

veröffentlichten wir zum Beispiel einen Artikel, den die Genossen aus Emden in der KPD-Betriebszeitung für das dortige VW-Werk veröffentlicht hatten: „Besuchen Sie die Halle 7, solange es dort noch Menschen gibt“. Dies drückt die gegenwärtigen, vielschichtigen Entwicklungen in der Automobilindustrie deutlich aus. Deshalb ist eine solche Forderung nach einem konkreten Rationalisierungsschutzabkommen auch bei weitem nicht nur für die Opel-Arbeiter eine sinnvolle Maßnahme, sondern eine Debatte, vor der sich noch mehr Belegschaften sehen werden.

Die Opel-Betriebsräte hatten mit ihrem Schritt, zu erklären, sich angesichts dieser Pläne an keine Geheimhaltungspflicht mehr gebunden zu fühlen bereits einen wichtigen Schritt getan, die übliche Salamiaktik zu verhindern — ein solches Abkommen für den Gesamtkonzern wäre tatsächlich ein weiterer Schritt dazu, und könnte auch über den aktuellen Anlaß hinaus Bedeutung gewinnen.

Die Forderungen der Opel-Betriebsräte für ein Rationalisierungsschutzabkommen

1. Zweckbestimmung

Ziel dieses Rationalisierungsschutzabkommens ist es, die personellen Auswirkungen der Rationalisierung, die sowohl durch veränderte Arbeitsorganisation, Mechanisierung und Automatisierung der Mikroelektronik, sowie der Informations- und Kommunikationstechnologie eintreten, entgegenzuwirken.

2. Beratungs- und Mitbestimmungsrecht

Die Adam Opel AG verpflichtet sich, alle Rationalisierungsmaßnahmen mit den Betriebsräten zu beraten und nur solche Maßnahmen durchzuführen, die auch hinsichtlich ihrer personellen Auswirkungen mit den Betriebsräten beraten sind und denen der Betriebsrat zugestimmt hat.

3. Kündigungsschutz

Die Adam Opel AG verpflichtet sich, keine Entlassungen aus betriebsbedingten Gründen auszusprechen.

4. Abrüppierungsschutz

Die Adam Opel AG versetzt keinen Arbeitnehmer auf einen

anderen Arbeitsplatz, der unter der seitherigen Eingruppierung des Arbeitnehmers liegt. Auf keinen Fall wird den betroffenen Arbeitnehmern der Lohn oder das Gehalt gekürzt oder verschlechterte Arbeitsbedingungen angeboten.

5. Arbeitsplatzgestaltung

Alle Arbeitsplätze werden optimal nach biologischen, ergonomischen und sozialen Erkenntnissen gestaltet. Gesundheitsschutz und Sicherheitsfragen, die mit der Einführung der unter 1. genannten Punkten in Verbindung stehen, sind zu lösen.

6. Weiterbildung

Werden Arbeitnehmern aufgrund der Einführung der unter 1. genannten Punkte neue Aufgaben zugewiesen oder wird ein Arbeitsplatzwechsel vorgenommen, so berücksichtigt die Adam Opel AG die Fähigkeiten, Fertigkeiten und Kenntnisse dieser Arbeitnehmer bzw. bietet ihnen die erforderlichen Bildungs- und Ausbildungsmöglichkeiten an.

7. Arbeitsverdichtungen

Um weitere Arbeitsverdichtungen und somit Überbelastungen zu vermeiden, werden durch die Fluktuation freierwerdende Arbeitsplätze wieder besetzt.

8. Auslagerungen

Die Adam Opel AG verpflichtet sich ab sofort, weder Teile, Komponenten oder ganze Modelle aus den Werken Rüsselsheim, Bochum und Kaiserslautern zu verlagern. Dies gilt auch für die künftige Modellpolitik.

9. Freizeitausgleich für Überstunden

Notwendige Überstunden sind in Freizeit auszugleichen.

10. Vorgezogenes Ruhestandsprogramm

Geschäftsleitung und Betriebsrat vereinbaren, umgehend eine Regelung abzuschließen, die es ermöglicht, daß alle Kolleginnen und Kollegen ab dem 59. Lebensjahr aus dem Arbeitsleben mit entsprechenden Ausgleichszahlungen ausscheiden können.

Bericht aus Karlsruhe

Technik-Debatte in der IG Metall

Am Samstag, den 29. Oktober fand in Reutlingen eine Tagung des IGM-Bezirks Nordwürttemberg-Nordbaden für Ingenieure, Techniker und Naturwissenschaftler statt. An ihr nahmen rund 500 Menschen teil. Thema der Tagung war „Technikgestaltung“, d.h. Möglichkeiten der Einflußnahme auf die Entwicklung der Technik. Ich möchte an dieser Stelle keinen ausführlichen Bericht über die Tagung abliefern. Sowie ich die Tagungsergebnisse und Referate habe, werde ich sie euch zur Verfügung stellen. Der Haupttenor kommt recht gut in der beiliegenden und verabschiedeten Resolution zum Ausdruck.

Kurz vielleicht einige Anmerkungen zu den wichtigsten Referaten. In seiner Einführungsrede ging Franz Steinkühler auf die wenig gloriole Entwicklung seit der ersten Tagung dieser Art im Jahre 1977 ein. Gleichzeitig hob er hervor, daß die Gewerkschaften nicht immer bei jeder Technikdiskus-

sion ihre „Technikfreundlichkeit“ in den Vordergrund stellen sollten. Vielmehr muß es darum gehen, Alternativen zu dem Einsatz von Technik heute zu finden. Hier muß innerhalb der IGM einiges getan werden, um z.B. bestehende Berührungsängste abzubauen. Gleichzeitig wies er darauf hin, daß die Gestaltung von Technik nicht eine der Technik immanente Angelegenheit ist, sondern ausschließlich eine Machtfrage. Technischer „Fortschritt“ ist eben kein Fortschritt, wenn gleichzeitig die sozialen Bedingungen sich immer mehr durch diese Technik verschlechtern. In einem recht guten Referat behandelte der Kollege Uli Briefs vom WSI Ursachen und Auswirkungen der gegenwärtigen Wirtschaftskrise und hob besonders die Frage nach der Macht in diesem Staat hervor.

Zu den Möglichkeiten von Technikgestaltung hielt Mike Colley aus London ein ausführliches Referat. Mike Colley war

der ehemalige Chefkonstrukteur bei Lucas Aerospace. Heute ist er beim Greater London Council und beschäftigt sich sehr intensiv mit Fragen alternativer Technikgestaltung. In dieser Richtung gibt es in London auch eine Reihe von Ansätzen infolge der Auseinandersetzungen bei Lucas Aerospace. Hier ist es wahrscheinlich wenig sinnvoll, jetzt ausführlich zu berichten.

In den anschließenden Diskussionen stellten sich die Ingenieure- und Technikerarbeitskreise, die es im Bezirk in Mannheim, Stuttgart und an einigen anderen Orten gibt, vor. In der Entwicklung solcher Arbeitskreise wird es sicherlich noch einen weiteren Fortschritt geben, wenn auf dem zweiten Teil des Gewerkschaftstages hierzu der entsprechende Antrag beschlossen wird, in dem alle Verwaltungsstellen aufgefordert werden, entsprechende Arbeitskreise ins Leben zu rufen.

Gruß Jan, Karlsruhe

Für eine humane Technikentwicklung und -anwendung

Entwurf für eine Erklärung von Technikern, Ingenieuren und Naturwissenschaftlern auf einer Konferenz der IG Metall, Bezirk Stuttgart, am 29. 10. 1983 in Reutlingen.

Technik hat seit der industriellen Revolution viele beeindruckende gesellschaftliche Fortschritte möglich gemacht. Sie hat durch die Industrialisierung der Produktion materielle Not gelindert oder beseitigt und in vielen Bereichen menschliche Arbeit erleichtert.

Die nach dem Zweiten Weltkrieg in der Bundesrepublik neu entfesselten produktiven Kräfte der Technik haben sich jedoch in den letzten 10 Jahren in ein ständig steigendes Gefährdungspotential verwandelt. Statt menschliches Leben leichter, vielfältiger, lebenswerter zu machen, führt die Technik zu immer mehr Angst, Bedrohung, Freiheits- und sozialem Elend.

Die sich überschlagende Entwicklung der Produktionstechnologie führt nicht zur Befreiung der arbeitenden Menschen, wie Ingenieure das erträumen können. Die Einführung neuer Technologien in den Betrieben führt immer häufiger zu Arbeitsplatzvernichtung, frühzeitigem Gesundheitsverschleiß, Zerstörung von Qualifikation und Berufserfahrung, Einengung des Handlungsspielraums und umfassender Kontrolle der Arbeitnehmer.

Die Menschen, unter ihnen die „Macher“ der Technik, werden zu Anhängseln technischer Systeme, die ihnen ihre Gesetzmäßigkeiten aufzwingen. Immer häufiger müssen wir erleben, daß atemberaubende „Fortschritte“ der Technik sozialen Rückschritt bedeuten: eine widersinnige Ökonomie, die nicht nach dem Nutzen, sondern allein nach dem Profit durch die produzierten Güter fragt.

Die fortschreitende Zerstörung der Umwelt und der Raubbau an natürlichen Ressourcen machen deutlich, daß die herrschende Technologie die Schäden, die sie anrichtet, nicht mehr gut machen kann. Noch nie in der Geschichte wurden so viele Mittel für technische Forschung und Entwicklung aufgewendet, aber gleichzeitig wurden noch nie in der Geschichte natürliche Ressourcen, Lebens- und Arbeitsbedingungen so rapide und unwiederbringlich zerstört.

Über die Hälfte aller Ingenieure arbeiten heute direkt oder indirekt an technischen Systemen für die Rüstung. Statt Sicherheit wird wachsende Kriegsgefahr, statt Frieden und Verständigung wachsende Aggressivität erzeugt. Der „militärisch-industrielle Komplex“ der Industriestaaten schickt sich an, die Vernichtung der Menschheit zu programmieren und zu automatisieren.

Waffensysteme werden immer zahlreicher, komplexer und wirkungsvoller.

Die historische Erfahrung lehrt, daß diese Konstellation früher oder später zur Katastrophe führen muß, wenn nicht sofort entscheidende Schritte zum Abbau der Waffensysteme unternommen werden.

Ingenieure leben, seit ihre Berufsgruppe existiert, mit der Vorstellung, daß ihre Arbeit dem Wohl aller Menschen diene. Sie fühlen sich — auch heute noch — häufig als Diener des „Fortschritts“. Dabei lassen sie die ökonomischen und politischen Kräfteverhältnisse außer Acht, die im Zusammenhang mit der Entwicklung und Anwendung von Technik immer häufiger sozialen Rückschritt verursachen. An diesem Prozeß sind Techniker, Ingenieure und Naturwissenschaftler wesentlich mitbeteiligt. Als abhängig Beschäftigte sind sie zwar Zwängen und Entscheidungshierarchien ausgesetzt, denen sie sich als Einzelne nur schwer entziehen können. Dennoch kann keiner mit der schlichten Ausrede, „ja nur seine Pflicht zu tun“, der Verantwortung ausweichen. Ingenieure müssen sich mit den Folgen ihrer Arbeit kritisch auseinandersetzen und mithelfen, eine andere, sozial konzipierte Technik zu entwickeln.

Die hier versammelten Ingenieure, die sich zu einer Konferenz der IG Metall gegen unmenschliche Technik, für humane und sozial verantwortliche Technikentwicklung zusammengefunden haben, erklären:

Wir sind nicht mehr bereit, der vorherrschenden Entwicklung tatenlos zuzuschauen. Wir wissen als Ingenieure, daß Technik auch und gerade heute so gestaltet werden kann, daß sie allen Menschen nützt, menschliches Leben erleichtert. Um dies zu erreichen, müssen wir versuchen, uns den scheinbaren „Sachzwängen“ zu entziehen. Es ist nicht die Technik an sich, die diese „Sachzwänge“ schafft, denn Technik wird in jeder Phase ihrer Entwicklung von Menschen gestaltet. Es sind vielmehr politisch-ökonomische Machtentscheidungen, die die heutige „Einbahnstraße Technik“ verursacht haben.

Wir fordern alle Techniker, Ingenieure und Naturwissenschaftler auf, sich ihrer Verantwortung bewußt zu werden. Es gilt, ab sofort Wege zu einer Technik zu beschreiten, die ausgeht von den realen menschlichen Bedürfnissen, von der Phantasie und Kreativität der arbei-

tenden Menschen.

Wir müssen gemeinsam daran arbeiten, aus dem Herrschaftsmittel Technik — eingesetzt von einer Minderheit — ein Hilfsmittel für alle Menschen zu machen.

Wir Techniker, Ingenieure und Naturwissenschaftler sind in erster Linie abhängig Beschäftigte und damit prinzipiell den gleichen Arbeits- und Erwerbsbedingungen unterworfen wie alle anderen Arbeitnehmer. Auch die Ingenieurarbeit ist seit einigen Jahren einer durchgreifenden Rationalisierung ausgesetzt, die die bislang noch relativ guten Arbeits- und Erwerbsbedingungen der Techniker und Ingenieure rapide verschlechtert: zunehmende Einengung der Handlungsspielräume bei der Arbeit, wachsende soziale Isolierung, Termindruck und schnell steigende Ingenieurarbeitslosigkeit erzeugen bei vielen Kollegen Angst, Unsicherheit, Streß und Entfremdung von der Arbeit.

Deshalb sind wir, sowohl angesichts unserer Verantwortung im Hinblick auf die verhängnisvollen sozialen, kriegerischen und ökologischen Folgen der bisherigen Technikentwicklung als auch zum Schutz unserer eigenen Arbeits- und Erwerbsbedingungen aufgefordert, uns in der größten Arbeitnehmerorganisation, dem DGB, zu organisieren und aktiv an der Interessendurchsetzung zu beteiligen.

Die Gewerkschaften setzen sich seit ihrer Gründung für die Interessen der arbeitenden Menschen ein. Sie setzen sich deshalb seit Jahren immer kritischer mit der herrschenden Technologie auseinander. Sie führen die Auseinandersetzung um die soziale Gestaltung der Technik, um die Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen. In diesem Kampf wollen wir als Ingenieure unsere Fachkenntnisse, Fähigkeiten und unsere Wünsche nach einer sinnvollen Arbeit einbringen.

Erst in dieser Zusammenarbeit von Ingenieuren, Arbeitern und Arbeiterinnen, Angestellten, Betriebsräten und Vertrauensleuten, kann unsere spezielle Qualifikation tatsächlich zum Nutzen aller angewandt werden. Wir werden diese Zusammenarbeit auf betrieblicher und überbetrieblicher Ebene, in gewerkschaftlichen Ingenieur- und Technikerarbeitskreisen, sowie in Arbeitskreisen zur Produkt- und Rüstungskonversion fruchtbar machen.

Wir fordern alle Techniker, Ingenieure und Naturwissenschaftler auf, sich an dieser wichtigen Arbeit zu beteiligen, mit dem Ziel, der Technikentwicklung und -anwendung wieder einen humanen Sinn zu geben.

Reutlingen, 29. 10. 1983

In den 70er Jahren begannen immer mehr Frauen sich in der IGBSE zu organisieren. Somit sah sich die IGBSE, die davor fast eine reine Männergewerkschaft war, gezwungen, auch für die Interessen der Frauen was zu tun.

1979 fand die erste Bundes-Frauenarbeitstagung statt. Dort wurden erarbeitete Thesen diskutiert, die die besondere Lage der Frauen und die daraus resultierenden Probleme berücksichtigen sollen. Nach der 1979er Tagung wurden in verschiedenen Bezirksverbänden Arbeitskreise für Frauen eingerichtet. Diese Arbeitskreise sind weder beschluß- noch antragsfähig. Anträge können die Frauen über Fachgruppen wie z.B. Gebäudereiniger oder Angestellte, über Ortsverbände zum Bezirksverbandstag richten. Auch die Bundes-Frauenarbeitstagung ist weder beschluß- noch antragsfähig.

Wobei alle Anträge von den Fachgruppen und Ortsverbänden, (außer Fachgruppe Angestellte, die beschluß- und antragsfähig ist) über den Bezirksverbandstag, Landesverbandstag bis zum Bundeskongress (Gewerkschaftstag) durchgeboxt werden müssen, denn wenn man bei den Verbandstagen auf verschiedenen Ebenen keine Mehrheit findet, kommt ein Antrag erst gar nicht zum Gewerkschaftstag. Bisher ist noch die Möglichkeit gegeben, daß unsere Anträge über die Angestellten-Fachgruppen durchkommen könnten, aber in „internen Kreisen“ ist die Rede davon, daß der besondere Status der Angestellten abgeschafft werden soll.

Deshalb wurde die Forderung der Vorsitzenden des Bundes-Frauenarbeitsausschusses, Hildegard Pschunder, im „Grundstein“ (Zeitung der IGBSE) auch erst gar nicht veröffentlicht.

Mehr Rechte für Frauen!

Denn sie forderte, daß die Frauenarbeitskreise die gleichen Rechte erhalten sollen wie die Angestelltenfachgruppen. Damit könnten die Frauen eine ordentliche Bundesfrauenkonferenz durchführen, die beschlußfähig wäre und zugleich antragsberechtigt für den Gewerkschaftstag. Auf den unteren Ebenen müßten Delegierte zu Landesfrauenkonferenzen gewählt werden und nicht wie es jetzt geschieht, daß Frauen von Bezirkssekretären bestimmt werden oder, wenn es ihnen nicht in den Kram paßt, eine aktive Frau anzusprechen, bemühen sie sich erst gar nicht.

Weiterhin stellte die Kollegin Hildegard Pschunder die Forderung auf, daß die Abteilung für Angestellte beim Bundesvorstand durch eine Frau verstärkt werden soll, die für Frauenfragen zuständig ist (da bisher die Abteilung Angestellte beim Bundesvorstand für die Frauen zuständig ist). Auch hierzu kein Wort im „Grundstein“, „die Zeitschrift für die IGBSE-Mitglieder“. Auch die Forderung, die von einer Kollegin kam, daß doch eine Seite im „Grundstein“ für die Frauen zur Verfügung stehen sollte: kein gedrucktes Wort davon.

Diese Forderung wurde sofort auf der Bundesfrauentagung vom Bundesvorstandsmitglied Jürgen Jöns, der für Frauenarbeit zuständig ist, abgelehnt. So betont auch Jürgen Jöns laut „Grundstein“ (10/83, S. 11), daß in unserer Organisation die besonderen Belange der Frauen von allen Mitgliedern vertreten werden — also auch von den Männern. Wirklich? Warum werden dann solche

2. Bundes-Frauenarbeitstagung der IG Bau-Steine-Erden

Mehr Demokratie in der Gewerkschaft gefordert

Den folgenden Bericht erhielten wir von einer Teilnehmerin der 2. Bundesfrauentagung der IG BSE. Darin werden zum einen die vielfältigen Probleme der Frauen auf der Arbeit, vor allem eben bei der Teilzeitarbeit, dargestellt. Und die Probleme, die die Aktiven unter ihnen mit ihrer Gewerkschaftsführung haben. Andererseits drückt der Bericht aber eben auch eine Zunahme

Forderungen in der Mitgliederzeitung nicht veröffentlicht?

Ein weiteres Zitat zeigt auf, was Jürgen Jöns von Frauenarbeit in der Gewerkschaft hält. „Wir haben in unseren Reihen häufig darüber gesprochen, inwieweit eigenständige Frauenorganisationsarbeit sinnvoll und wirkungsvoll ist. Immer wieder sind wir zu dem Schluß gekommen, daß die Kolleginnen sehr wohl eine Plattform haben müssen, ihre aus ihrer besonderen Lage bedingten Probleme behandeln zu können. Aber diese Probleme und die daraus resultierenden Forderungen müssen frühzeitig in das Konzept der Gesamtorganisation eingebunden werden.“

Natürlich alles unter dem Motto gemeinsam sind wir stark, den Frauen eine Plattform. Eine Spielwiese, wo die Frauen ihren Unmut ablassen können, irgendwann werden sie ja aufgeben, denn ohne Rechte und ohne eigenständige Frauenorganisation werden sie ja dem Bundesvorstand nicht gefährlich. Sie haben dies für sich in ihren Reihen diskutiert und beschlossen — ohne die Frauen.

Und dies, obwohl 1983 rund 22400 weibliche Mitglieder in der IGBSE organisiert sind. Seit 1979 wurde ein Zugang von 44 Prozent (rund 6910) Frauen verzeichnet. Die IGBSE hat knapp eine halbe Million Männer organisiert. Während bei den organisierten Männern der Organisationsgrad stagniert, treten immer mehr Frauen der IGBSE bei. Weil vor Ort, ohne Aufforderung des Bundesvorstands, von den Putzfrauen, mit Unterstützung von Bezirkssekretären, aus dem Gebäudereinigerhandwerk Aufklärungsarbeit geleistet hatten, die die Frauen über die Rechte, die sie besitzen, auch wenn sie nur für 390,— DM im Monat ohne Sozialversicherung arbeiten gehen, informierte. Nämlich, daß sie Lohnfortzahlung im Krankheitsfall bis zu sechs Wochen bekommen, wenn sie mehr als zehn Stunden in der Woche putzen gehen, daß den Frauen ein tariflich abgesicherter Stundenlohn (Nettolohnvereinbarung), Urlaub und Urlaubsgeld zusteht.

390-Mark-Probleme

Auf der anderen Seite kämpften die Frauen für die Abschaffung der Sozialversicherungsfreigrenze. 1981 hatten die Putzfrauen es fast geschafft, weil hier die Rentenreform anstand. Aber CDU und FDP stimmten dagegen, und bei einem Gespräch von Gewerkschaftsvertretern auf höchster Ebene mit Bundesregierungsvertretern lehnten auch die Gewerkschaftsvertreter die Abschaffung der Sozialversicherungsfreigrenze ab. Somit wurde das ganze Problem auf die Rentenreform 1984 verschoben.

Selbst Innungsverbände des Gebäudereiniger-Handwerks waren für die Abschaffung dieses Gesetzes, weil unter ihnen eine gnadenlose Konkurrenz herrscht, da sich sehr viele Firmen einen Druck um Tarifverträ-

ge und Gesetze kümmern, Frauen werden unter Tarif bezahlt, Frauen haben unter mehreren Namen bei ein und derselben Firma mehrere Putzstellen. Diese Firmen können ihren Auftraggebern sehr billige Angebote anbieten. Es gibt Gebäudereinigungsfirmen, wo 98 Prozent der Beschäftigten Frauen für 390DM im Monat putzen. Und dieses Gesetz kommt überall da zum Zuge, wo spezielle Frauenberufe anzutreffen sind. So wurde auch festgestellt, daß dies in zunehmendem Maße auch auf den Angestelltenbereich übergreift und vor allem in den Büro- und Verwaltungsbereichen, die immer mehr Computer einsetzen. So werden in zunehmendem Maße im Bereich der Architektur und Ingenieur-

von Aktivitäten in einem Bereich aus, der ansonsten weit außerhalb jeglicher Schlagzeilen gerät — nur vor kurzem regional bei Warnstreiks der Putzfrauen war dies anders. Besonders deutlich wird dabei, wie es mit der Demokratie in der IG BSE aussieht, auch wenn man die in der Öffentlichkeit breit dargestellten Probleme wie den Bezirk Stuttgart einmal außen vor läßt...

Ein Helfer, ohne Ausbildung mit Muskelkraft bekommt in NRW einen Tarifstundenlohn von 10,68 DM. Eine Innenreinigerin (Putzfrau) ohne Ausbildung und angeblich ohne Muskelkraft, die wird hier einfach ignoriert, obwohl dies schwere körperliche Arbeit ist, erhält sie einen Stundenlohn von 8,61 DM.

Bei gleichen Voraussetzungen in der Tätigkeit ein Lohnunterschied von 2,07 DM! Ein Helfer kann nach zweijähriger betrieblicher Zugehörigkeit Reini-ger werden und erhält somit einen Stundenlohn von 11,31 DM. Die Frauen dagegen können Vorarbeiterinnen werden und erhalten dann 9,47 DM in der Stunde, und wenn sie mehr als 15 Arbeitnehmerinnen unter sich



bereich „Freie Mitarbeiterverträge“ abgeschlossen. Auch für diese Kolleginnen und Kollegen, die sich auf so einen Vertrag einlassen, werden keine Sozialversicherungsbeiträge gezahlt. Durch die Computisierung und die Verkabelung wird sich die Arbeitssituation der Frauen noch mehr verschlechtern. Auch hier können die Unternehmer sich den Sozialversicherungsbeiträgen entziehen.

In den Arbeitsgruppen, aber auch in den Diskussionen wurde über die Lohndiskriminierung gesprochen.

Gleicher Lohn??

Dazu ein Beispiel aus dem Gebäudereiniger-Handwerk, aus dem Rahmentarifvertrag für gewerbliche Arbeitnehmer und dem Rahmentarifvertrag der Angestellten: Immer noch sind Ausbildung und Muskelkraft Kriterien für die Bewertung der Arbeit.

Man vergleiche die Tätigkeitsbereiche der Glasreinigung und der Gebäude-Außenreinigung, Innenreinigung und Unterhaltsreinigung sowie Bauabschlußreinigung. Die Tarifstundenziffern der verschiedenen Tätigkeitsbereiche geben einen guten Aufschluß.

haben, erhalten sie einen Stundenlohn von 9,90 DM. Immerhin noch 0,78 DM weniger als ein männlicher Helfer. Ein Fachvorarbeiter in der Gebäudeaußenreinigung dagegen erhält eine Stundenlohn von 14,46 DM...

Beim Vergleich der Tarifgehälter der kaufmännischen und technischen Angestellten und deren Tätigkeitsmerkmale, stellt man folgendes fest: Die Tätigkeitsmerkmale von KI und KII werden gleich beschrieben, nämlich: keine Berufsausbildung, einfache und schematische Tätigkeiten. Die Gruppe I der kaufmännischen Angestellten, wo hauptsächlich Frauen beschäftigt sind, wird mit 50 Prozent angesetzt. Sie erhalten im Monat 1090 DM. Während die Gruppe I der technischen Angestellten mit 90 Prozent angesetzt werden.

Sie erhalten somit 1960 DM monatlich. Ein Lohnunterschied von 870 DM!

Dazu kommt, daß bei jeder prozentualen Lohnerhöhung, die unteren Lohngruppen immer mehr abfallen. Dies führte in NRW bei dem letzten Lohnabschluß dazu, nachdem die Putzfrauen einen Warnstreik durchgeführt haben, (wohlge-

merkt ohne Beteiligung der männlichen Kollegen) daß die Männer als Facharbeiter 34 Pfennig und die Frauen 20 Pfennig mehr in der Tasche haben. Die Forderung nach linearer Lohnerhöhung und Anhebung der unteren Lohngruppen sowie die seit langem bestehende Forderung nach Angleichung der kaufmännischen und technischen Gehälter wurden wieder laut. Die Kolleginnen und die Kollegen der zuständigen Tarifkommissionen wurden aufgefordert, diesen Aspekt in den Verhandlungen aufzunehmen.

Frauen auf den Bau?

Eine kontroverse Diskussion gab es um den Punkt Frauen auf dem Bau. Viele Frauen waren total dagegen, daß Frauen auf dem Bau beschäftigt werden sollen mit der Begründung, daß alles zu schwer für die Frauen sei. Ohne zu berücksichtigen, daß z.B. Frauen im Metallbereich und im Krankenhausbereich auch genau so schwer tragen und heben müssen wie Männer, ohne zu berücksichtigen, daß auf dem Bau Arbeitsschutzvorschriften in den wenigsten Fällen eingehalten werden und daß auch viele technische Erneuerungen genutzt werden können, daß die Arbeiten auch für die Männer erleichtert werden müssen.

Da man im Moment in dem Dilemma steckt, daß bestehende

Arbeitsschutzvorschriften beseitigt werden sollen, einigte man sich auf eine Protestresolution, die beinhaltet, daß die bestehenden Arbeitsschutzvorschriften erhalten werden und eher noch ausgeweitet werden sollen. Zur 35-Stunden-Woche wurde nur sehr wenig diskutiert, hier herrscht noch sehr viel Unklarheit unter den Frauen. Dies konnte angesichts der knappen Zeit nicht ausdiskutiert werden.

Von der Arbeitsgruppe „Probleme des Tarifbereichs Gebäudereiniger-Handwerk“, wurde die berechnete Forderung aufgestellt, die auch im DGB gefordert wird: mehr Frauen in die Betriebsräte. Zusätzlich wurde gefordert, spezielle Schulungen zur Betriebsratswahl 84 für Frauen durchzuführen.

Denn auch hier ist, im August 83, ein Zuwachs von Betriebsrätinnen zu verzeichnen. 1912 Frauen aus allen Organisationsbereichen sind Betriebsratsmitglieder, davon sind 185 Frauen zu Betriebsratsvorsitzenden gewählt worden, davon waren 35 Frauen unorganisiert. Insgesamt konnte eine Gesamtsteigerung von 1978/81 auf August 1983 von 26,45 Prozent verzeichnet werden.

Diesem Aufschwung der Frauen in der IGBSE muß Rechnung getragen werden, darum ist auch die Forderung der Vorsitzenden des Bundesfrauenarbeitsausschusses, Hildegard Pschunder, nach einer eigenständigen Frauenorganisationsarbeit wichtig und richtig. Denn immer noch müssen die Frauen in der Gewerkschaft dreimal so gut argumentieren können als die Männer. Hier wird sich auch zeigen, ob sich die IGBSE demokratisieren läßt oder ob sie weiter der Entdemokratisierung Tür und Tor öffnet, wie dies in den letzten Jahren geschah. Denken wir an den Geschäftsführer in Stuttgart oder an die Satzungsänderung in Berlin, wo die Meinung der Mitglieder durch regelrechte Putsche aus dem Feld geschlagen wurde...

Stopp Sozialversicherungs-Freigrenze

Dieses Flugblatt, das im Bezirk Dortmund 1980 verbreitet wurde (demzufolge auch mit teilweise überholten Zahlen), bringen wir als ein Beispiel der Arbeit, die die Kolleginnen unter den Putzfrauen leisten.

Liebe Kollegin, wir sind Frauen, die als Raumpflegerinnen im Gebäudereinigerhandwerk tätig sind.

Viele von uns arbeiten, außer im eigenen Haushalt, täglich zwei bis drei Stunden bei Firmen des Gebäudereinigerhandwerks. Das bedeutet, daß viele von uns mit dem Verdienst unter die Sozialversicherungsfreigrenze gedrückt werden.

Nach dieser Freigrenze darf der Monatsverdienst nicht über 390 DM liegen, sonst müssen nämlich Arbeitnehmer und Arbeitgeber Beiträge zur Sozialversicherung zahlen. Die meisten Arbeitgeber des Gebäudereinigerhandwerks, aber auch viele Kaufhäuser, Gaststättenbetriebe, Friseure und andere Betriebe gehen mehr und mehr dazu über, volle Arbeitsplätze abzubauen und dafür sogenannte Teilzeitarbeitsplätze zu schaffen.

Bemerkenswert dabei ist, daß rund 85 Prozent aller Teilzeitarbeitsplätze von Frauen besetzt werden.

Im Gebäudereinigerhandwerk ist folgende Situation zu beobachten:

Ein Arbeitsplatz von 8 Stunden Arbeitszeit täglich (40 Stunden die Woche) wird umgewandelt in zwei Arbeitsplätze zu je 2,5 Stunden täglich, also je 12,5 Stunden pro Woche. Es werden also 15 Stunden pro Woche eingespart, bei der gleichen Arbeitsmenge wie vorher bei 40 Stunden pro Woche.

Die Kollegin, die acht Stunden pro Tag gearbeitet hat, hatte einen Stundenlohn von z. Zt. 8,05 DM. Bei 2,5 Stunden nur noch 7,27 pro

Stunde, meistens sogar noch weniger.

Außerdem sparen die Arbeitgeber noch die Beiträge zur Krankenkasse, zur Rentenversicherung und zur Arbeitslosenversicherung.

Der im Gebäudereinigerhandwerk herrschende Konkurrenzkampf wird ausschließlich auf dem Rücken von uns Frauen ausgetragen.

Die Sozialversicherungsfreigrenze wird zum Knüttel, der den Arbeitgebern hilft, uns Frauen mehr als bisher auszubeuten.

WIR FORDERN: Weg mit der Sozialversicherungsfreigrenze!!! Gleiche Rechte und Pflichten für alle Arbeitnehmer!

SOZIALVERSICHERUNGS-FREIGRENZE heißt:

KEINEN eigenen Krankenversicherungsschutz, auch

KEINEN Anspruch auf Krankengeld bei längerer Arbeitsunfähigkeit,

KEINE eigenen Rentenansprüche,

KEIN Anspruch auf Leistungen bei Arbeitslosigkeit.

Liebe Kollegin, helfen Sie uns, unsere Forderungen durchzusetzen, helfen Sie sich, indem Sie unsere Forderungen unterstützen, damit Ihr Arbeitsplatz und Ihre Arbeitsbedingungen nicht eines Tages so aussehen, wie heute unsere.

Herzlichen Dank
Ihre Kolleginnen von der
IG Bau-Steine-Erden
Bezirksverband Dortmund

„Die zu erwartenden Auseinandersetzungen um die 35-Stunden-Woche sind damit weit mehr als eine wirtschaftliche Machtfrage, sondern es geht dabei ebenso um die Abwehr der weiteren Einengung der gewerkschaftlichen Handlungsmöglichkeiten und damit um die Frage der gesellschaftlichen Machtverhältnisse. (...) Erfolg oder Niederlage hängen entscheidend davon ab, ob es gelingt, die gewerkschaftliche Kraft umfassend und gewerkschaftsübergreifend zu organisieren, die Auseinandersetzung mit den Unternehmern grundsätzlich zu politisieren und durch öffentliche Aktionen die Mehrheit der Bevölkerung für die gewerkschaftlichen Forderungen zu gewinnen.“

Mit diesen Aussagen über den politischen Stellenwert des Kampfes um die 35-Stunden-Woche in seinem mündlichen Rechenschaftsbericht unterstrich der abgetretene Vorsitzende der IG Druck und Papier, Leonhard Mahlein, was auch von anderen Delegierten immer wieder in der Diskussion betont wurde: Daß angesichts verschärfter Krise, der politischen Wende zu Reaktion und Sozialabbau auf der ganzen Linie, sowie angesichts der gerade auch in der Druckindustrie unvermindert anhaltenden Rationalisierungswellen, es im Grunde um die Zukunft der Gewerkschaften überhaupt gehe.

Mahlein war auf dieser Grundlage nicht sparsam mit Kritik an anderen DGB-Gewerkschaften. Hatte er bereits im schriftlichen Geschäftsbericht herbe Kritik an den Führungen der IG Bergbau und Energie und der IG Chemie wegen ihrer Kampagne gegen den Aufruf „Nie wieder Faschismus, nie wieder Krieg!“ und am Verbot des DGB-Bundesvorstandes, politische Aufrufe mit Funktionsangaben zu unterzeichnen, geübt, fügte er dem mündlich auf dem Gewerkschaftstag hinzu, vor allem zwei Umstände seien erschreckend: „Zum einen der verblüffende Erfolg, der der Rechtskoalition bei ihrem Versuch zuteil wird, ihre Politik als sachlich ohne Alternative und sozial ausgewogen und gerecht erscheinen zu lassen. (...) Zum anderen ist es in diesem Zusammenhang beunruhigend, wie ruhig und gelassen die Gewerkschaften bislang den verschärften Abbau des in Jahren und Jahrzehnten mühsam erkämpften sozialen Fortschritts zu Kenntnis nehmen. Die eher verhaltenen Proteste, die sich vor allem in Presseverlautbarungen niederschlagen, erwecken nicht den Anschein, daß der DGB und die Gewerkschaften handfesten Widerstand gegen die Politik der Regierung zu organisieren gedenken. Presseerklärungen und Beschlüsse, und sind sie noch so gut, ersetzen keine praktische Politik, ersetzen nicht das aktive Handeln; letztlich zählt aber in der sozialen und politischen Auseinandersetzung nur dieses und sonst gar nichts. Aber auch von den Kolleginnen und Kollegen wird die veränderte Situation noch nicht erkannt; sie hoffen immer noch, daß alles noch einmal so werden könnte, wie in den nachträglich vergoldeten fünfziger und sechziger Jahren. Dieser beiderseitige Irrtum kann, wenn er nicht bald korrigiert wird, für die Gewerkschaftsbewegung (...) hierzulande gefährliche Folgen haben.“

Viele der Delegierten machten jedoch mit ihrer Kritik auch vor der Führung der IG Druck und Papier nicht halt. Vor allem die allgemeine Diskussion der Rechenschaftsberichte war von zwei wesentlichen, von verschiede-

Bericht vom 13. Ordentlichen Gewerkschaftstag der IG Druck und Papier vom 16. - 22. 10. 83 in Nürnberg

„Wer kämpft, kann verlieren – wer nicht kämpft, hat bereits verloren“

Im folgenden der erste Teil des Berichts eines Delegierten zum Gewerkschaftstag der IG Druck und Papier, der in den nächsten Ausgaben des „Roten Morgen“ fortgesetzt werden wird. Dieser erste Teil befaßt sich vor allem mit den Grundsatzdebatten um die Lage der Gewerkschaftsbewegung und ihre Aufgaben, die ja, öffentlich erkennbar, auf dem Kongreß sehr intensiv und innerhalb des politischen Spektrums des DGB durchaus auch radikal geführt worden sind. Dabei werden Unterschiede zum Kongreß der IG Metall

denen Delegierten immer wieder aufgegriffenen Überlegungen gekennzeichnet: den z.T. verheerenden Auswirkungen, die Krise und Wende in den Belegschaften haben einerseits und der Notwendigkeit klarer, offensiver Konzepte der Gewerkschaften andererseits. Dazu einige Zitate aus den Beiträgen verschiedener Kollegen:

„Es ist sicherlich richtig, daß die gewerkschaftliche Arbeit schon seit einigen Jahren weitgehend durch die Krise und ihre verheerenden Folgen für das Bewußtsein vieler Belegschaften bestimmt ist. Detlev Henschke

werden.“ (Manfred Balder, Landesbezirksvorstand Hessen)

„Die schlimmsten politischen Folgen der Wende sind doch die Mutlosigkeit und die lähmende Angst, die sehr viele Kolleginnen und Kollegen haben. Einige sehen schon den Zeitpunkt gekommen, daß wir nichts mehr bewegen können. Die täglichen Rechtsverletzungen, Schikanen, Willkür und der Druck auf Arbeitsplätze und Arbeitsbedingungen, Abmahnungen und Maßregelungen (...) haben viele auf Tauchstation gebracht, die in früheren Zeiten einen Unternehmer zum

deutlich sichtbar. Noch deutlicher wird dies dann dort, wo es zu Beginn des Abschnitts „Tarifpolitik“ (der in der nächsten Folge fortgesetzt wird) um die konkrete Gegenüberstellung der Forderungen um die 35-Stunden-Woche geht. Daß dabei auch verschiedene Kritiken an der Führung der IG Drupa zum Tragen kamen, ist wichtig: Schließlich hatte sie ja in der Vergangenheit oft genug guten Worten keineswegs so überzeugende Taten folgen lassen ...

res Kollegen Ferlemann gelesen: Entweder wir schaffen die 35-Stunden-Woche oder wir sind für die nächsten zehn Jahre von der politischen Bühne abgemeldet. Ich möchte einen Schritt weitergehen: Wir müssen die 35-Stunden-Woche schaffen, oder die Menschen laufen uns davon mit der Folge, daß wir den Laden zumachen können. (...) Darum sage ich meinen Kollegen aus meiner nun 30jährigen Erfahrung: Wer kämpft, kann verlieren, wer aber nicht kämpft, hat bereits verloren.“ (Horst Wisotzky, Hagen)

Und schließlich: „... daß

tion. Deswegen meine ich, es gibt keine Alternative und keine Kompromißmöglichkeiten. Der Zeitpunkt der Alternative und des Kompromisses war 1980, (letzte MTV-Runde). Egal, wie lange der Kampf dauern und wie hart er sein wird: Am Ende darf weder die 39- noch die 38-Stunden-Woche stehen, sondern am Ende muß stehen der 7-Stunden-Tag mit vollem Lohnausgleich. (...) Die Kolleginnen und Kollegen in den Betrieben brauchen aber eine ganz klare Orientierung. Sie müssen sehen und spüren, daß Vorstände und Tarifkommissionen bereit sind, ohne Wenn und Aber den Kampf aufzunehmen.“ (Lutz Pfundner, Düsseldorf).

Diese grundsätzliche Herangehensweise von Seiten vieler Delegierter wurde auch unterstrichen durch die positive Aufnahme der Ausführungen von Loni Mahlein über die Gewerkschaften als politischer Gegenmacht gegen die Regierung bei der Eröffnung des Kongresses: „Heute steht die Gewerkschaftsbewegung tatsächlich wieder vor der Frage, wie sie ihre politischen Ziele durchsetzen will. Ich glaube, daß die politische Szene in den nächsten vier Jahren von der CDU/CSU-FDP-Koalition bestimmt sein wird. Auch in den Jahren danach sind politische Mehrheiten reine Spekulation, Mehrheiten, die bereit wären, gewerkschaftliche Forderungen ohne entsprechenden Druck zu verwirklichen.“

Es wäre also ernsthaft an der Zeit zu prüfen, mit welchen Mitteln zum Beispiel die Forderung nach paritätischer Mitbestimmung zur politischen Wirklichkeit werden kann. Allein durch Kundgebungen oder Demonstrationen wird man die Haltung dieser restaurativen Bundesregierung sicher nicht durchbrechen können. Was für die Mitbestimmung gilt, gilt im gleichen Maß für den notwendigen Kampf gegen die Politik der Sozialdemontage.

Wenn wir unsere eigenen Forderungen und Zielvorstellungen ernst nehmen, und sie nicht nur als bloße Öffentlichkeitsarbeit betrachten, muß meines Erachtens in den Gewerkschaften wieder über die Möglichkeit politischer Widerstandsmaßnahmen gesprochen werden. Diese Forderung – ich weiß es – betrifft zum einen die Gewerkschaften selbst und zum anderen ihr Verhältnis zum Staat und den Parteien. Der wiederbelebte Slogan „wir müssen uns mehr auf unsere eigene Kraft besinnen“, läßt dieses Gegenseitigkeitsverhältnis ja auch nicht unberührt. Für Volks- und Regierungsparteien mag der Staat Oberbegriff sein, für die Gewerkschaften aber ist es die Gesellschaft und schon deshalb nicht der dominierende Begriff. Als gewerkschaftliches

Selbstverständnis schält sich insoweit jene „außerparlamentarische Opposition“ heraus ...“

Soviel zur allgemeinen Diskussion über die politische Situation und die sich daraus stellenden Aufgaben für die Gewerkschaftsbewegung. Auf dieser Grundlage fanden die weiteren konkreten Diskussionen statt, deren wichtigste Ergebnisse in folgenden Fragen hier dargestellt werden sollen:

1. Tarifpolitik (35-Stunden-Woche, Rationalisierungsschutz, Lohnstruktur)
2. Kampf gegen Arbeitsplatzvernichtung besonders am Beispiel der massiven Vernichtung von Arbeitsplätzen in den Tiefdruck-Lohndruckereien (Giradet, Broschek, Thiemi, Belser u.a.)
3. Gesellschaftspolitische Beschlüsse und Diskussionen, besonders Friedenskampf
4. Medienpolitik und die beabsichtigte Gründung einer Mediengewerkschaft
5. Beschlüsse zur Satzung – Streik, Urabstimmung, Streikunterstützung, Fragen innergewerkschaftlicher Demokratie, Mitgliedschaft von Arbeitslosen
6. Diskussion und Beschlüsse zur Gemeinwirtschaft und Tantiemenabführung

Tarifpolitik

Hierzu muß man vorweg bedenken, daß einen Tag vor Eröffnung des Drupa-Kongresses der Gewerkschaftstag der IG Metall zu Ende gegangen war, auf dem in der Frage der Manteltarifforderungen im Zusammenhang mit der 35-Stunden-Woche lediglich beschlossen worden war:

1. 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich.
2. Abbau von Überstunden. Der Ergänzungsantrag Nr. 27 nach gleichzeitiger Forderung von „tariflicher Regelung der Arbeits- und Lebensbedingungen“ war von den Delegierten der IGM abgelehnt worden. Das heißt im Klartext: Die IG Metall stellt 1984 keine Rationalisierungsschutzforderungen im Zusammenhang mit den Manteltarifkämpfen auf.

Im Gegensatz dazu waren dem Bundesverband Druck die Forderungen der IG Druck und Papier zum MTV schon vor dem Gewerkschaftstag übermittelt worden: 1. 35-Stunden-Woche (von der formal die Lohnfrage nicht betroffen ist, da die Drupa in der Druckindustrie tarifliche Wochenlöhne im Lohnabkommen hat – keine Stundenlöhne) 2. Bindende Vereinbarung mitbestimmungspflichtiger Stellenpläne 3. Generelles Widerspruchsrecht des Betriebsrates gegen Entlassungen durch tarifliche Festschreibung der Kammernbestimmung des § 102 Abs. 6 Betr. Verf. G. soweit Weiterbeschäftigungspflicht bis zur rechtskräftigen Arbeitsgerichtsentscheidung bei Kündigungs-schutzprozessen. 4. Verbote bzw. Schutzbestimmungen bezüglich der Erfassung, Speicherung und Verarbeitung personenbezogener Daten sowie tariflich festgelegtes Mitbestimmungsrecht über Arbeitsverfassungsbögen. 5. Kündigung des bisherigen Rationalisierungsschutzabkommens, das zukünftig im MTV geregelt sein soll. Gefordert sind hier vor allem: Recht auf Ablehnung neuer Technologien, wenn die Auswirkungen nicht gelöst sind sowie ein Unterlassungsanspruch des Betriebsrates hinsichtlich personeller und oder wirtschaftlicher Maßnahmen bei Betriebsänderungen, sofern nicht das Verfahren nach 111/112 BVG (Sozialplan, Interessenausgleich) abgeschlossen ist.

Diese Positionen der IG Drupa waren also bereits vor dem Gewerkschaftstag festgeklopft.



hat gestern bereits darauf hingewiesen. Hier wurde aber auch gesagt, die Industriegewerkschaft Druck und Papier wäre trotz Krise eine intakte Organisation und wir wären stark. Das sind zum Teil einander widersprechende Ansätze. Offensichtlich gibt es in dieser Frage im geschäftsführenden Hauptvorstand keine einheitliche Einschätzung. Ich meine, in gewisser Hinsicht haben wir es sogar mit einem Tiefpunkt der gewerkschaftlichen Arbeit in den letzten Jahren zu tun gehabt. Das darf man nicht wegreisieren. Aber dieser Tiefpunkt ist auch Ausdruck fehlender gewerkschaftspolitischer Orientierungen durch die Vorstände, und zwar auf allen Ebenen; die Vorstände an den Spitzen haben hier eine besondere Verpflichtung. Nach unserer Überzeugung kann nur mit einer Intensivierung gewerkschaftlicher Aktivitäten und vor allem durch eine stärkere politische Mobilisierung der Krise und den auftretenden Schwächen in unserer eigenen Arbeit entgegengewirkt

Frühstück gefressen hätten, wenn er nur ein solches Ansinnen an sie gerichtet hat. (...) Dieses Verhalten ist falsch. Ohne Widerstand würde die Krise nämlich automatisch verlängert; automatisch würden weitere Angriffe der Unternehmer und der Konservativen herausgefordert. Deshalb müssen wir Widerstand leisten. (...) Wenn dieses politische Bewußtsein hergestellt wird, dann wird es auch eine klare Strategie oben und Kampfbereitschaft unten geben. Nur, was oben ist, da habe ich doch so gelinde Zweifel. (...) Es gibt ja in der Arbeiterbewegung die Binsenwahrheit: Wenn die Führung steht, wackelt niemals die Mannschaft. (...) Kurzfristig gilt es den Kampf um die 35-Stunden-Woche zu führen; das ist ein politischer Kampf, ein Kampf gegen diese Wirtschaftsordnung, die ja nun mehrfach bewiesen hat, daß sie unfähig ist, Massenarbeitslosigkeit zu verhindern oder soziale Probleme zu lösen. Ich habe in einer Arbeit-

die Gewerkschaftsbewegung in der Bundesrepublik sich in einem sehr schwerfälligen Prozeß befindet, daß wir nur nach und nach in den Einzelgewerkschaften erkennen, daß die bisherigen tarifpolitischen Instrumente nicht mehr ausreichen, und daß wir in der Vergangenheit ziemlich konzeptionslos den Auswirkungen der kapitalistischen Krise gegenüberstanden. Es ist auch verständlich, daß die Erfahrungen der 50er und 60er Jahre nicht so einfach abgeschüttelt werden können. Aber Tarifpolitik, die sich darauf konzentriert, den Kuchen zu verteilen, wird es jetzt und in Zukunft nicht mehr geben können. Wir haben nur dann eine Chance, wenn wir Forderungen entwickeln und durchsetzen, die sich gegen die marktökonomischen Spielregeln richten. Die 35-Stunden-Woche verbunden mit dem Rationalisierungsschutz und verbunden mit der Lohnstruktur, ist nicht mehr und nicht weniger als der Einstieg in eine neue, richtige und zwingend notwendige Konzep-

5. / 6. 11. in Köln:

Aktionskonferenz der Friedensbewegung

Am 5. und 6. November fand in Köln eine Aktionskonferenz der Friedensbewegung statt. Sie befaßte sich im Plenum und in 16 verschiedenen Arbeitsgruppen mit der Auswertung der Oktober-Aktionen und der Frage, wie es nun weitergehen soll, besonders in der kurzen Zeit bis zur Bundestagsdebatte über die Stationierung (21. 11.), über die Aktionen an diesem Tag selbst und dem, was danach kommt. Dazu gehörte auch die Volksbefragung, dazu gehörten Fragen der Verbreiterung der Bewegung ebenso

wie einer neuen inhaltlichen Qualität, strategischer Überlegungen über die Pershing II und Cruise Missiles hinaus.

Über wesentliche Ergebnisse dieser Konferenz geben wir hier einen ersten Überblick, ergänzt durch Stellungnahmen zu einigen Diskussionspunkten, die auf der Versammlung eine Rolle spielten. Auf Aspekte, die aus Platzgründen in dieser Ausgabe nicht berücksichtigt werden können, gehen wir in folgenden Nummern des Roten Morgen ein.

Aktionstag 21. November

Der 21. November, an dem die Bundestagsdebatte über die Stationierung beginnt — abgeschlossen wird sie eventuell noch nicht am diesem, sondern erst am nächsten Tag —, ist der nächste wichtige Termin für die Friedensbewegung.

Am 21. 11. wird sich in den Betrieben einiges tun. Besonders die betrieblichen und gewerkschaftlichen Friedensinitiativen werden versuchen, an diesem Tag möglichst viel auf die Beine zu stellen — gestützt auch auf die Beschlüsse von IG DruPa, DPG und GEW. Es müßte auch noch versucht werden, bei der IG Metall einen entsprechenden Beschluß und dementsprechende Unterstützung zu erwirken, deren Gewerkschaftstag demnächst fortgesetzt wird. Aktionen bis hin zu Arbeitsniederlegungen sind im Gespräch, ab 17 Uhr verschiedene Aktivitäten auf den Straßen der Städte.

In Bonn soll an diesem Tag das Bundeshaus belagert werden. Auf einer großen Kundgebung soll deutlich gemacht wer-

den: Das Volk hat sich längst gegen die Raketen entschieden, das Parlament hat kein Recht, dagegen zu entscheiden.

Im Rahmen dieser Kundgebung soll auch ein Vertreter der unabhängigen Friedensbewegung der DDR sprechen, entsprechend einem Zusatzantrag auf der Konferenz soll er aus den Dresdner Kirchenkreisen kommen.

Aktionswoche vom 20. bis zum 25. November

Mit vielen dezentralen Aktionen soll die Friedensbewegung vom 20. bis zum 25. November an die Öffentlichkeit treten, der 25., an dem der Bundestagsbeschluß mit Sicherheit feststeht, soll den Höhepunkt bilden.

1. Nationaler Widerstandstag am 12. Dezember

Der 12. 12. wurde zum „1. nationalen Widerstandstag“ der

gesamten Friedensbewegung erklärt. Solche „Widerstandstage“ sollen in bestimmten Abständen immer wieder stattfinden, als Termin für den zweiten wurde bereits der 30. Januar 1984, der Tag der Machtübergabe an die Hitler-Faschisten 1933, festgelegt.

Nächste Aktionskonferenz am 11./12. Februar 1984

Als Termin für die nächste Aktionskonferenz der Friedensbewegung wurde das Wochenende 11./12. 2. 84 beschlossen, vermutlich soll das Treffen wieder in Köln stattfinden.

Die Vorbereitungen

der bundesweiten Aktionen werden von dem bisherigen Koordinationsausschuß getroffen, der trotz teilweise massiver Kritik (zum Beispiel an Jo Leinen wegen dessen Verhandlungen

mit der Polizei) bestätigt wurde, getroffen. Er wurde beauftragt, Vorschläge zu seiner Erweiterung zu machen. Für die Bonner Aktion am 21. 11. werden die Hardtberg-Blockierer, die Bonner Friedensinitiative und die Kasseler Koordinationsstelle „Ziviler Ungehorsam“ hinzugezogen.

Volksbefragung 1984

Zum Thema „Volksbefragung“ stimmte die Konferenz nahezu einstimmig einem Antrag zu, der sinngemäß folgendes besagt:

• Die Forderung nach Durchführung einer Volksbefragung über die Raketenstationierung wird zu einer zentralen Losung der gesamten Friedensbewegung erklärt. Sie soll bereits am 21. 11. in Bonn deutlich gemacht werden: Dem Parlament wird die Legitimation abgesprochen, über die Stationierung zu beschließen, das Volk soll selber entscheiden. Exemplarische Befragungen in Betrieben, Büros, Wohnblöcken usw. werden angeregt.

• Die Friedensbewegung fordert den Bundestag auf, eine of-

Eine ganze Reihe

von Aktionsvorschlägen kam auf der Konferenz zur Sprache, die hier nicht vollständig wiedergegeben werden kann. Das Protokoll der Konferenz wird in den nächsten Tagen an die Initiativen und Parteien verschickt, wer es am Ort nicht bekommen kann, kann es zum Selbstkostenpreis auch bei uns anfordern.

Die Mehrheit sichtbar machen

Ein Anliegen, über das etwas ausführlicher diskutiert wurde — im Plenum und in verschiedenen Arbeitsgruppen —, war die Möglichkeit, „die Mehrheit sichtbar zu machen“, die Tatsache, daß die Mehrheit der bundesdeutschen und Westberliner Bevölkerung die Stationierung neuer US-Atomwaffen ablehnt, am Tag der Parlamentsdebatte (21. 11.) überall sichtbar zum Ausdruck zu bringen.

Zu den Vorschlägen zählte auch der, am Abend dieses Tages sollten die Stationierungsgegner Kerzen ins Fenster stellen. Das wurde viel belächelt und belacht, aber es ist doch gar nicht falsch (wenn man dieser Aktion nicht irgendeine andere Bedeutung unterschreibt als eben diese Sichtbarmachung der Mehrheitsmeinung). Eine solche Demonstration würde mit Sicherheit Aufsehen erregen.

Man kann sich auch noch anderes vorstellen. Ein Vorschlag kam: Um 17 Uhr treten alle Stationierungsgegner vor die Haustür. Und ähnliche. Ob der Koordinationsausschuß etwas in der Art beschließt, steht noch nicht fest.

Eine weitere Aktionsmöglichkeit wäre: In der Nacht vom 21. auf den 22. 11. sorgen die verschiedenen Initiativen und Organisationen dafür, daß in so vielen Städten wie möglich das Wort „Nein!“ an Mauern, Brücken usw. geschrieben wird. Das „Nein!“ zu den Atomraketen würde am nächsten Morgen buchstäblich das Straßenbild in weiten Teilen des Landes bestimmen.

gesagt worden ist. Zum Beispiel, daß es nicht schwer ist, der Volksbefragung zuzustimmen. Daß es aber etwas anderes ist, auch etwas dafür zu tun. Und da ist es einfach eine Tatsache, daß beispielsweise DKP und Jusos gemessen an ihren Möglichkeiten bisher äußerst wenig dazu beigetragen haben, daß sie in Initiativen vor Ort oft zu denen gehörten, die Aktionen für die Volksbefragung abgewürgt haben. Gegenbeispiele sind Ausnahmen. Der Entschluß, die Volksbefragung gegebenenfalls — und wer rechnet schon ernsthaft mit einer positiven Parlamentsentscheidung — selber durchzuführen, wird also keineswegs mit dem Schwung einer heute bereits massenhaften Bewegung im Rücken gefaßt.

USA — raus aus Grenada!



Mehr als 3000 Menschen demonstrierten am 5. November in Köln gegen die US-Invasion in Grenada und die Vorbereitungen von militärischen Interventionen in anderen mittelamerikanischen Ländern.

Auf dieser Demonstration, die der Aktionskonferenz der Friedensbewegung vorausging, wurde immer wieder der Zusammenhang hergestellt zwischen dem Friedenskampf bei uns und der notwendigen Solidarität mit dem Freiheitskampf anderer Völker gegen den Imperialismus, zwischen der geplanten Aufstellung von atomaren neuen Massenvernichtungswaffen in Westeuropa, in Westdeutschland, und den Kriegen, die der US-Imperialismus bereits heute führt.

„Pershing hier, Grenada dort, Reagan probt den Massenmord!“ — „Hände hoch, Überfall, NATO-Land ist überall!“ — „El Salvador, Grenada und Türkei, bei jeder Schweinerei ist die USA dabei!“ oder auch „... ist die NATO mit dabei!“ — „Deutsche Waffen, deutsches Geld morden mit in aller Welt!“ — So und ähnlich lauteten die am häufigsten gerufenen Parolen, angeführt natürlich von der

alle verbindenden Forderung: „USA raus aus Grenada!“

Nicht zu übersehen war der Versuch der DKP, die Grenada-Solidarität zu einer Unterstützung der Politik der Sowjetunion umzubiegen, indem sie Reagans Ausfälle gegen seinen imperialistischen Konkurrenten, den er in nicht allzu ferner Zukunft vernichtend schlagen möchte, als Beweis für die positive Rolle dieser anderen Supermacht anführte. Das kommt längst nicht überall an, aber hier tut eben doch Aufklärung not. Das darf allerdings keinesfalls gegen die notwendige Breite der gemeinsamen Aktionen gegen die US-Politik ins Feld geführt werden.

Während der Demonstration und bei der Abschlußkundgebung wurde auch auf die Bedrohung Nicaraguas und Kubas aufmerksam gemacht.

Raus aus der NATO!

Der Austritt der Bundesrepublik aus der NATO — diese Forderung ist natürlich immer noch nicht Gemeingut der Friedensbewegung. Aber es werden immer mehr, die sich über diese Losung Gedanken machen, immer mehr, die sie unterstützen. Auch das wurde in Köln deutlich.

An Anhang gewonnen hat sie unter denen, die sich dem „autonomen“ Bereich der Friedensbewegung zurechnen. Die DKP hingegen, mit ihr einflußreiche Kreise der Jusos, (genannt sei deren Vorsitzender Hartung, der neben anderen in geradezu hetzerischer Manier gegen die Autonomen vom Leder zog), bemühen sich mit nahezu allen Mitteln, keine tiefergehende Diskussion über eine Orientierung der Bewegung, die nicht allein die neuen Raketen im Auge hat, zu verhindern.

Die Losung „Raus aus der NATO“, eine Forderung der KPD schon immer, hat natürlich auch ihre Problematik. Diese wird schon bei der einfachen Frage deutlich: Wie kommen wir da hin?

Es ist sicher falsch, diese Losung nur unter dem Gesichtspunkt „Radikalisierung der Bewegung“ aufzugreifen und sie dem Bemühen um eine weitere Verbreiterung der Bewegung gegen die Stationierung entgegenzustellen. In diesem Rahmen aber wird sie von einem bedeutenden Teil der Autonomen gesehen, denen dann, wenn es darum geht, sie mit Inhalt zu füllen, nicht viel mehr einfällt als radikale Aktionen gegen Munitionstransporte usw.

Es gilt, im Rahmen der Aktionen gegen die neuen Raketen die Diskussion über die wirklichen Hintergründe der Stationierung und über die Perspektiven der Friedensbewegung zu vertiefen und, wo immer es möglich ist, Aktionen unter weitergehender Stoßrichtung zu unternehmen. Es gilt, Aufklärung über die NATO und ihre Strategie, über die Gründe für die Mitgliedschaft der Bundesrepublik in diesem Bündnis, über die wirklichen Ziele und konkreten Pläne der NATO-Befürworter zu betreiben, so zu betreiben, daß sie sich auch in entsprechenden Aktivitäten niederschlägt, neue aktive Anhänger gewinnt.

Die jüngsten Verlautbarungen über die NATO-Strategie, die eine Strategie der Kriegsvorbereitung und Kriegsführung ist — speziell die Studien Air Land Battle 2000 (siehe RM 43/83), läßt auch Kreise, die der SPD nahestehen oder ihr sogar angehören, über die Vertretbarkeit der NATO-Mitgliedschaft nachdenken. Das gilt es zu nutzen. Ebenso die Erklärungen der Grünen gegen die NATO. Es besteht die Möglichkeit, innerhalb der Friedensbewegung weit größere Teile als bisher für diese Forderung zu gewinnen. Die Versuche, schon die Diskussion darüber abzuwürgen, wie sie aus erklärten Gründen von der DKP unternommen werden, gilt es zurückzuweisen, unter Festhalten an der gemeinsamen Aktion dort, wo sie möglich ist, gegen die Stationierung, für einseitige Abrüstungsmaßnahmen der Bundesrepublik usw.

Es muß klar sein: Den Austritt der Bundesrepublik aus der NATO zu erzwingen, bedarf es erst recht des aktiven Eingreifens der Arbeiterbewegung mit den ihr eigenen Mitteln in den Friedenskampf, ein Eingreifen, das sich auch im Kampf gegen die Stationierung verstärken muß, wenn der Kampf nicht sicher scheitern soll. Es ist unsinnig zu sagen, man habe sich lange genug um eine Verbreiterung der Bewegung, um die Einbeziehung SPD-beeinflußter Kreise zum Beispiel — und das trifft ja auf die Arbeiterklasse in besonderem Maße zu — bemüht, jetzt müsse damit Schluß sein, jetzt ginge es nur noch um radikale Losungen und militante Kampfformen — die in diesem Sinne notwendigerweise neben der Arbeiterbewegung stünden. Extremes Ausdruck dieser Position war die Bemerkung einer autonomen Rednerin, die an die Adresse der (DKP-beeinflußten) betrieblichen Initiativen gerichtet meinte: „Seht ihr in den Betrieben mal zu, daß ihr euren Generalstreik hinkriegt, dann habt ihr was geleistet, dann nimmt euch die Friedensbewegung ernst.“

Das ist natürlich eine extreme Aussage, die es auch der DKP besonders leicht macht. Aber es gibt eine starke Tendenz in diese Richtung. Politisch sehr viel durchdachter argumentiert da zum Beispiel der Kreis um den Göttinger „Atomexpress“. Darauf werden wir noch eingehen.

Näheres zu diesem Thema, weitere Vorstellungen und Kommentierungen zu Fragen der Perspektive der Friedensbewegung, zum Friedenskampf im Betrieb, zu den anstehenden Aktionen usw. im nächsten „Roten Morgen“.

Bundeswehr bereitet Bakterien-Krieg vor

Die Bundesregierung will immer mehr Atomraketen (A-Waffen) in unser Land holen.

Im Weißbuch der Bundeswehr wird über den Einsatz von (völkerrechtlich geächteten) chemischen Kampfstoffen (C-Waffen) nachgedacht.

Zwischen A und C kommt B: In Kooperation mit der NATO und vor allem militärischen Stellen in den USA läßt die Bundeswehr biologische Kampfstoffe (seit 1975 ebenfalls international geächtet) für den Angriffskrieg erforschen.

Eine entsprechende Enthüllung des Studentenmagazins „rote Blätter“ (Zeitung des MSB Spartakus, Studentenorganisation der DKP) hat sich auch nach Feststellungen bürgerlicher Kreise bestätigt.

In der Universität Hohenheim gibt es ein Institut für Tierhygiene.

Hygiene hört sich immer gut an. „Rassenhygiene“ hörte sich damals auch gut an. Deutschland ist ein sauberes Land.

Für Forschungen in diesem Institut gab die Bundeswehr als direkter Auftraggeber in den vergangenen acht Jahren mehr als 5 Milliarden DM aus. Mit diesem Geld wird unter anderem geforscht, wie man Leben erhalten kann.

Ein guter Zweck?

Die Forscher hantieren mit hochgefährlichen Bakterien. Mit Erregern des Milzbrandes zum Beispiel. Aber es geht nicht darum, diese Bakterien zu studieren, um Gegenmittel zu entwickeln, um Epidemien zu verhindern, um das Leben von Tieren und Menschen zu erhalten.

Gegen Stationierung — Streik:

Arbeitsniederlegung im Krankenhaus Neukölln (Bericht aus Westberlin)

19.10.83 — Tag der Betriebe in der Friedenswoche — um 11 Uhr gehen Kollegen ein letztes Mal über die Stationen und Abteilungen und werben für die seit langem geplante und vorbereitete Aktion. An die Patienten werden Flugblätter verteilt, die um Verständnis werben, dann gehen erst einzelne und schließlich ganze Stationen geschlossen in den Park. Schließlich sind es 350 bis 400 Kollegen, die ihren Widerstand gegen die Stationierung neuer Atomwaffen öffentlich mit einer Arbeitsniederlegung für mehr als eine halbe Stunde demonstrieren. Lieder der Friedensbewegung werden gesungen, nach einem kurzen Demonstrationzug durch das Gelände wird am Eingang des Krankenhauses ein Transparent angebracht. Mit dem Versprechen, die Arbeit für den Frieden noch intensiver zu leisten, gehen die Kollegen wieder auf die Stationen. Das unterbrochene OP-Programm wird wieder aufgenommen, das Mittagessen für die Patienten ausgeteilt. Die Verwaltungsspitze, die noch am Vortage über die Abteilungsleiter diese Aktion verbieten ließ und disziplinarische Maßnahmen androhte, ließ sich nicht blicken. Für alle Beteiligten war dieser Streik ein großer Erfolg, ein Beweis der eigenen Stärke.

Diese Arbeitsniederlegung kam nicht aus heiterem Himmel, sie war vorbereitet. Seit mehr als zwei Monaten hatten sich eine Reihe von Kollegen, darunter auch Mitglieder der ÖTV-Betriebsgruppe regelmäßig getroffen und auf dieses Ziel hingearbeitet. Filmveranstaltungen und Diskussionsrunden durchgeführt. Kleinere Veranstaltungen mit Video-Filmen auf den Stationen kamen dazu. Natürlich gab es auch Rückschläge, Phasen, in denen die Mehrheit der Kollegen glaubte, es sei nicht zu schaffen, dann kam der Tag der DGB-5-Minu-

wickeln, um Epidemien zu verhindern, um das Leben von Tieren und Menschen zu erhalten.

Milzbrand als Seuche ist in Europa — und in Nordamerika — vollständig ausgerottet.

Die Forscher an der Universität Hohenheim befassen sich mit der Frage, wie die Erreger des Milzbrandes, der Hasenpest, der Rotzkrankheit, des Malta-Fiebers am Leben und aktiv gehalten werden können.

Die Wissenschaftler erforschen, wie sie lange Zeit vor Witterungseinflüssen usw. geschützt „einsatzfähig“ bleiben, wie man sie am durchschlagendsten und todbringendsten verbreiten kann — von Gefrier-trocknung und Reaktivierung unter Feuchtigkeitseinfluß, von

ten, wo sich als Generalprobe erstmals ca. 200 Kollegen versammelten. Kleine Aufkleber, die für die Aktion am 19.10. warben, wurden im Krankenhaus geklebt, Abteilungen, zu denen bisher kaum Kontakte bestanden hatten, wurden systematisch aufgesucht, um die Kollegen dort zu überzeugen. Als dann die Krankenhausleitung die geplante Aktion als illegal bezeichnete und mit disziplinarischen Maßnahmen drohte, führte das höchstens noch zu einer „Jetzt-erst-recht“-Stimmung. Es beteiligten sich mehr Kollegen als die meisten an der Vorbereitung Beteiligten erwartet hatten.

An diesem Tag gab es in zwei kleineren, örtlich getrennten Abteilungen des Krankenhauses ähnliche Aktionen: In der Frauen- und Kinderklinik versammelten sich 80 Kollegen, in der Orthopädie und Hautklinik führten 50 Kollegen eine erste Filmveranstaltung durch.

Nachspiel: Große Anfrage der CDU im Bezirksparlament: „1. Ist dem Bezirksamt bekannt, daß es am 19.10. eine illegale Arbeitsniederlegung im Krankenhaus Neukölln gab? 2. Sind die Verantwortlichen bekannt? 3. Was gedenkt das Bezirksamt gegen die Verantwortlichen zu unternehmen? 4. Sind Patienten zu Schaden gekommen?“

Antwort des Bezirksamtes: „Zu 1. Ja. Zu 2. Nein. Zu 3. Entfällt. Zu 4. Nicht bekannt.“

Das ist kein Witz, das war so. Und das zeigt das Bemühen der Herrschenden, diese Aktion herunterzuspielen, auch und gerade angesichts der Tatsache, daß unmöglich 350 bis 400 Kollegen diszipliniert werden können. Ähnlich verhielt sich die gleichgeschaltete Presse, keine einzige Zeitung (mit Ausnahme der taz) war bereit, einen Bericht über diese Aktion zu drucken.

effektiverer Verbreitung durch Verwendung von Aerosolen ist die Rede; der Vorteil ist längst erkannt: „Auf diese Weise werden auch solche Krankheiten übertragen, bei denen eine Infektion sonst nicht über die Atemwege erfolgt.“



Auch in der ABC-Selbstschuttschule der Bundeswehr, der Jäger-Kaserne in Sonthofen, forschen Hohenheimer Wissenschaftler an biologischen Kampfstoffen.

Man geht ins Detail. „Die Partikelgröße ist für die Eindringfähigkeit in die unteren Atemwege und damit für das Angehen einer Infektion bei vielen Krankheitserregern besonders wichtig“, wurde in der Schrift „Wehrmedizin“ 1980 festgestellt; eben mit dieser Partikelgröße beschäftigt sich das Tierhygiene-Institut in Zusam-

menarbeit mit dem Physik-Institut in Hohenheim und der Wehrwissenschaftlichen Dienststelle der Bundeswehr. Und nicht nur in Hohenheim, auch zum Beispiel an der Uni Gießen wird für den Einsatz von biologischen Kampfstoffen geforscht, unter anderem mit Tierversuchen. Diese Forschung erreicht eine immer höhere Perfektion. Sie hat allerdings auch eine lange Tradition. So meinte schon Bundeswehrroberst Hermann Gessner im Jahre 1965: „Es wäre eine hochinteressante Aufgabe für den Biologen, den

notwendigen Aufwand an biologischen Kampfmitteln aufgrund der bekannten Minimaldosen, die zur wirksamen Infektion eines Menschen notwendig sind, abzuschätzen.“

Hochinteressant. Die Bundeswehr setzt Maßstäbe für Inhalt und Qualität von Forschung und Lehre. Im Verein mit den Partnern des nordatlan-

tischen Bündnisses. Während man sich in der Bundesrepublik bemüht, derartig verbrecherische Projekte möglichst geheim zu halten, denkt man in Washington lauter über ihren Nutzen nach. So der ehemalige stellvertretende CIA-Direktor namens Frank Carlucci, der heute stellvertretende „Verteidigungs“-Minister ist, im Jahre 1982: „Die Frage der Anwendung biologischer Waffen bleibt für die USA offen.“

Aber sie wird doch bereits beantwortet. In Kuba trat im letzten Jahr eine Fieberkrank-

heitskrankheit von 17.2.82. Im September 1982 klagten die Gewerkschaften von El Salvador die USA an, über den befreiten Gebieten ihres Landes Erreger der blutenden Bindehautentzündung zu verbreiten.

So wird ein grausamer, blutiger Krieg bereits geführt, ohne erklärt worden zu sein. So wird die Wirkung biologischer Kampfstoffe nicht mehr nur in Instituten und mit Tieren erprobt. Dies ist das schmutzige Geschäft, an dem sich die Bundesrepublik, ihr „Verteidigungs“-Ministerium und die Bundeswehr beteiligen. Dies ist ein konkreter Bestandteil der vielbeschworenen „Sicherheitspartnerschaft“ mit den USA. Dies ist auch die Perverterung der ebenso viel beschworenen Freiheit von Forschung und Lehre, die die zuständigen Leute in Bonn und in den Ländern immer mal wieder durch Aktivitäten linker Studenten oder Lehrer oder Professoren gefährdet sehen.

„Durch manche Alma mater, einst ein Hort bürgerlichen Humanismus und lebensbejahender Nachdenklichkeit, weht kalt der Hauch des Todes. Wir wissen längst nicht alles. Was bekannt ist, muß gestoppt werden.“ — So schließt der Artikel in den „roten Blättern“ 11/83. Dem kann man sich nur anschließen.

Und: Die hier zutagegetretenen Fakten als zusätzliche Verpflichtung verstehen, den Friedenskampf auch gegen die konkreten Vorhaben dieser Regierung und der einheimischen imperialistischen Armee zu führen, gegen die Partnerschaft mit einer Supermacht, die bereits Kriege führt und gegen ein Bündnis, das systematisch und, wie man sieht, mit allen Mitteln einen Weltkrieg vorbereitet.

Gewerkschafter gegen Raketenstationierung

Auf den Gewerkschaftskongressen der Deutschen Postgewerkschaft, der IG Druck und Papier und der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft spielte auch das Thema „Frieden“ eine wichtige Rolle. Alle Gewerkschaftstage äußerten sich zur Raketenstationierung — alle Gewerkschaftstage lehnten sie ab.

Bemerkenswert, daß die Delegierten der Kongresse der DPG und der GEW der Forde-

rung der IG DruPa anschlossen, den 21. November zum bundesweiten Aktionstag der Gewerkschaften und Betriebe zu machen. Auch die Frage politischer Streiks spielte in den Diskussionen eine wichtige Rolle.

Diese Beschlüsse sind eine Hilfe für alle Gewerkschafter, die zu Aktionen drängen. Der DGB-Vorstand wird immer mehr gefordert, Widerstandsaktionen zu organisieren; es gilt,

die Beschlüsse und Diskussionen der Kongresse jetzt mit Leben zu füllen und auch unter Berufung auf sie konkrete Aktionen zum Beispiel am 21. 11. vorzubereiten und zu organisieren, die Diskussion um den Einsatz aller gewerkschaftlicher Machtmittel im Friedenskampf einzusetzen. Das Zusammengehören von Arbeiterbewegung und Friedensbewegung wurde ja ausdrücklich betont.

Natürlich spielten auch Fra-

gen eine Rolle, die wir anders beantworten als viele Delegierte — die Frage des Nutzens von Verhandlungen zwischen den Supermächten gehört dazu. Die Auseinandersetzungen um politische Forderungen im Friedenskampf müssen eben auch innerhalb der Gewerkschaften weitergehen.

Einige Aussagen der verschiedenen Versammlungen dokumentieren wir nachstehend.

Aus den Beschlüssen der Gewerkschaftstage der IG DruPa, der DPG und der GEW

IG Druck und Papier

Der 5. Oktober war ein eindrucksvoller Auftakt gewerkschaftlicher Friedensaktionen in den Betrieben.

Am 21. November findet im Deutschen Bundestag die Debatte über die Stationierung der US-Raketen statt — und die parlamentarischen Kräfteverhältnisse lassen wenig Hoffnung, daß der Friedenswunsch der Bürger sich dort durchsetzt.

Die Friedensbewegung hat den 21. November folglich zum Widerstandstag erklärt.

Der Gewerkschaftstag der IG Druck und Papier fordert seine Mitglieder auf, sich aktiv an diesem Tag zu beteiligen. Er fordert den DGB auf, diesen Tag zum nächsten Widerstandstag der Betriebe zu machen.

Deutsche Postgewerkschaft

Am 21. November 1983 beabsichtigt die Deutsche Bundestag die Frage der Raketenstationierung zu beraten.

Die Delegierten des 14. DPG-Kongresses bekräftigen den Beschluß des DGB vom 5. Oktober 1983: „Es darf keine Stationierung neuer Mittelstreckenraketen in Europa geben.“

In Fortsetzung der fünf Mahnminuten am 5. Oktober 1983 und dem Aufruf zu den Volksversammlungen am 22. Oktober 1983 wird der Hauptvorstand der DPG aufgefordert, in Zusammenarbeit mit

dem DGB und der Friedensbewegung am 21. November 1983 zu einem weiteren Aktionstag für den Frieden aufzurufen und Aktionen — auch zentrale Aktivitäten — zu entwickeln.

Die Delegierten des 14. DPG-Kongresses fordern die Mitglieder des Deutschen Bundestages auf, entsprechend dem Auftrag des Grundgesetzes die Zustimmung zur Stationierung neuer Mittelstreckenraketen zurückzunehmen.

Die Mahnminuten für den Frieden haben eindrucksvoll gezeigt, daß sich die Stationierung neuer Raketen gegen die Interessen der arbeitenden Menschen richtet. Deutlich wurde der Zusammenhang zwischen Sicherung von Arbeitsplätzen, des sozialen Besitzstandes, des Lehrstellenangebots und Abrüstung einerseits, sowie zwischen Sozialabbau, Arbeitsplatzgefährdung, Lehrstellenmangel und Hochrüstung andererseits.

Niemand hat in unserem Land ein Mandat zur Aufstellung neuer Raketen. Dies beweisen zum einen die letzten Meinungsumfragen. Dies beweisen aber auch die Unterschriften unter vorhandene Friedensappelle, insbesondere des DGB, die insgesamt weit über sieben Millionen Menschen unterschrieben haben.

GEW

Unter dem Eindruck der erfolgreichen Demonstrationen und Aktivitäten der letzten Wochen gegen die atomare Aufrüstung bekräftigt der Gewerkschaftstag die Entschlos-

senheit der GEW, den Kampf gegen die Stationierung neuer Raketen in der Bundesrepublik wie auch für den Abbau aller gegen die Bundesrepublik gerichteten Raketen sowie in ihr stationierte Atomwaffen fortzusetzen.

1. Der Gewerkschaftstag der GEW fordert den Bundesvorstand des DGB auf, in einem eindringlichen Appell an alle Abgeordneten des Bundestages zu verlangen, angesichts der Genfer Scheinverhandlungen die Stationierung neuer Mittelstreckenraketen in der Bundesrepublik Deutschland abzulehnen.

Der Vorsitzende der GEW und alle GEW-Vertreter in DGB-Gremien werden beauftragt, durch Anträge darauf hinzuwirken, daß am 21. 11. in möglichst vielen Betrieben und öffentlichen Einrichtungen Protestaktionen, Mahnminuten oder Arbeitsniederlegungen stattfinden.

2. Die GEW schreibt vor der Bundestagsdebatte am 21. 11. einen offenen Brief an alle Abgeordneten des Deutschen Bundestages, in dem sie die Gründe für die Ablehnung von Pershing II und Cruise Missiles darlegt.

Der Gewerkschaftstag fordert die Mitglieder der GEW auf, ihren Protest gegen die weitere atomare Aufrüstung bis zur Bundestagsdebatte am 21. November den Abgeordneten des Bundestages nachdrücklich klarzumachen. In persönlichen Gesprächen, mit Briefen und durch Mahnwachen sollen die Abgeordneten erfahren, daß das Streben nach militärischer Überle-

genheit, die unverantwortliche Steigerung der Rüstungsausgaben, die gigantische Aufrüstung und Entwicklung immer neuer Massenvernichtungsmittel, insbesondere die geplante Aufstellung von Erstschlagwaffen zu einer Bedrohung der ganzen Menschheit angewachsen sind ...

Die Bundestagsdebatte am 21. November 1983 sollte in allen Schulklassen (soweit es das Alter der Schüler erlaubt) und anderen Bildungseinrichtungen im Radio oder im Fernsehen intensiv verfolgt und Gegenstand von Unterricht und Diskussionen werden ...

Zum 21. November ruft der Gewerkschaftstag alle GEW-Mitglieder auf, durch vielfältige Aktivitäten bis hin zu Arbeitsniederlegungen ihren Protest deutlich zu machen.

4. Sollte die Bundesregierung gegen die Ablehnung durch die Mehrheit der Bevölkerung an ihrer Zustimmung zur Stationierung von Raketen festhalten, fordert die GEW den Bundesausschuß des DGB auf, den Beschluß des 12. DGB-Kongresses der neuen Lage entsprechend weiterzuentwickeln ...

5. Der Gewerkschaftstag fordert den Bundesvorstand des DGB auf, an die Regierungen der USA und der UdSSR zu appellieren, in einem neuen Anlauf wirkliche Abrüstungsverhandlungen zu beginnen; beide Regierungen müssen ab sofort auf jede weitere Aufstellung atomarer Raketen in Europa verzichten ...



Geldstrafe wegen Beseitigung ausländerfeindlicher Parole

Was ist der „funktionelle und soziale Sachsin“ einer Kaufhausfassade? — Diese verwirrende Frage ist wohl nicht auf Anhieb zu beantworten. Das Amtsgericht Gelsenkirchen machte vor einigen Tagen immerhin klar, wodurch er „beeinträchtigt“ wird: Wenn man eine „Türken-raus“-Parole, die dort schon seit Monaten steht und den „Sachsin“ der Wand offenbar nicht beeinträchtigt, übermalt und durch die Losung „Nazis raus“ ersetzt.

„Sachsin“ oder Schwachsinn? Für einen Gelsenkirchener Bürger jedenfalls eine folgenreiche Feststellung: Der 30jährige Uli Schulz, seit acht Monaten arbeitslos, wurde zur Zahlung einer Geldstrafe von 250,- DM verurteilt.

Bevor sich Uli Schulz zu seinem Schritt entschloß, hatte er zusammen mit Freunden lange Zeit versucht, die Stadt dazu zu bewegen, Nazi-Schmie-

ereien von sich aus zu beseitigen. Nach einem Appell an den Oberbürgermeister wurde von Behörde zu Behörde weiterverwiesen, bis ihm im Stadtreinigungsamt erklärt wurde, man könne gar nichts machen, weil man nur über „Schippen und Besen“ verfüge. Nach dieser Verhöhnung ging er dann selbst ans Werk.

Der Prozeß gegen Uli Schulz hat große Empörung ausgelöst.

Zum Gerichtstermin brachte er eine von 750 deutschen und ausländischen Bürgern Gelsenkirchens unterzeichnete Solidaritätserklärung mit. Im Gerichtssaal demonstrierten Antifaschisten mit Umhängeplakaten.

Ein Prozeß wie dieser ist eine Frechheit. Das Urteil muß aufgehoben werden. Zum 9. November haben Antifaschisten in verschiedenen Städten die Verantwortlichen aufgefordert, faschistische und rassistische Parolen zu entfernen, und auch dort werden sie, wenn die Behörden der Aufforderung nicht Folge leisten, selber zur Tat schreiten. Diese Aktionen haben unsere volle Unterstützung.

Polizeiterror gegen Kriegsgegner

In Hamburg wurde in einem bemerkenswerten Prozeß der Polizist Dieter Lücke, der den 18jährigen Alf Heins mit einem Schuß aus der im Nacken des Jugendlichen aufgesetzten 9-mm-Pistole tötete, zu zwei Jahren Haft verurteilt. In West-

berlin steht der Polizist Gerhard Teller, der bisher vor einem Schöffengericht wegen Körperverletzung stand, nun vor einem Schwurgerichtskammer des Landgerichts. Nach Meinung des Amtsrichters besteht der hinreichende Verdacht des versuchten Totschlags. Teller hatte bei einer Demonstration im Juni 1981 mit einem langen hölzernen Schlagstock gezielt auf die Köpfe zweier Frauen eingeschlagen.

Zwei Ausnahmen. (Und die Prozesse sind auch noch nicht endgültig vorbei.)

In Hamburg bewies die Polizei während der Anti-Kriegs-Aktionen am 22. Oktober einmal mehr ihre „Schlagkraft“ — ungestraft.

Im Auftrag des Innensensors Pawelczyk (SPD) werden immer mehr Zivilbeamte auf Demonstranten angesetzt. Wie die aussehen, kann man dem nebenstehenden Bild entnehmen; in der Mitte am Boden eines ihrer Opfer. Die Initiative „Bürger beobachten die Polizei“ veröffentlichte danach in Zusammenarbeit mit anderen Organisationen Aussagen von Betroffenen des Polizeiterrors. Stellvertretend für viele sei eine Hamburgerin zitiert, die sich zur Zeit der Blockadeaktion vor

dem Springer-Verlagshaus befand:

„...Direkt dahinter drehte ich mich zur Blockade um und wurde an Schulter oder Kragen nach hinten gerissen. Dadurch fiel ich, da ich die Hände gerade in den Taschen hatte, um meine Brille zu suchen, ungeschützt auf Becken und Hinterkopf. — Filmriß — Ich saß auf dem Boden und rieb meinen Kopf, als ich jemanden in meiner Nähe etwa: 'Die da, nehmt die!' schreien hörte. Ich wurde unter die Achseln gegriffen und zu einem Bauarbeiterhäuschen (?) zwischen den Polizeiabsperrungen gezogen. Rechts und links hielten mich zwei 'junge Mädchen', die ich zuerst für Blockiererinnen hielt, die mir helfen wollten. Von dort wurde ich weiter in die Caffamacherreihe geführt, wobei irgendjemand fotografierte, und mit ca. 10 anderen an die Wand gestellt. Als ich den Befehlen, die Beine weiter auseinander und zurück zu stellen wegen meiner weichen Knie nicht sofort nachkam, trat mich ein Ziviler mehrmals gegen die Knöchel. Ich wurde von einem Typ und einer Frau abgetastet. Anschließend wurde ich von zwei Zivilpolizistinnen im Polizeigriff zur Revierwache 10 gebracht... Nach Ablauf der Zeit wurden wir einzeln durch das Gebäude geführt, unterwegs vor einer blauen Wand von vorne fotografiert. Auf dem Weg sah ich mindestens 50 Zivilisten rumstehen (Latzhosen, Palastinsensertücher, lange Haare, Bärte, Plaketten)...“

Kühnen in Haft

Der Anführer der terroristischen Nazi-Organisation Aktionsfront Nationaler Sozialisten (ANS), Michael Kühnen, befindet sich in Braunschweig in Haft.

Am Wochenende war er bereits in München vorübergehend festgenommen worden, zusammen mit 34 Gesinnungskumpanen — 84 Neonazis hatten sich dort insgesamt versammelt, um einen „Marsch zur Feldherrnhalle“ vorzubereiten, der bewußt wenige Tage vor dem 60. Jahrestag des Hitler-Putsches von 1923 und dem 45. Jahrestag der Reichskristallnacht stattfinden sollte. Dabei war zahlreiches Nazi-Propagandamaterial sicherstellt worden, auch Schlag- und Stichwaffen sowie Gaspistolen wurden beschlagnahmt.

In München wird nun wegen „Verstoß gegen das Versammlungsgesetz“ gegen die Neonazis ermittelt.

Kühnen, der wie seine Kumpane nach Personalienüberprüfung wieder auf freien Fuß gesetzt worden war, wurde kurz darauf erneut festgenommen — es liegt der Haftbefehl eines Braunschweiger Gerichtes gegen ihn vor, weil er 1981 nicht zu einem Prozeß wegen Falschaussage erschienen war.

Wir erneuern unsere Forderung, daß Kühnen überhaupt nicht mehr frei herumlaufen darf. Gründe, ihn für lange Zeit festzusetzen, gibt es nicht erst seit München übergenug. Kurzzeitige Haftstrafen sind da völlig fehl am Platze. Dem Treiben der Nazi-Terroristen muß endlich ein Ende gesetzt werden!

So fing es an

Korrespondenz aus Westberlin

So fing es an!

Das Fußballspiel BRD - Türkei stand bevor. Noch waren etwa vier Wochen Zeit.

Bisher hatten wir immer das Problem, wie einsteigen in die politische Arbeit im Stadteil. Nun bot sich eine gute Gelegenheit. Wir planten ein Vorbereitungstreffen wegen des Fußballspiels und wegen der Vorhaben der Nazis gegen Ausländer.

Gesagt, getan. Eine Annonce kam in die „taz“, wir telefonierten mit einigen anderen Organisationen, wir sprachen Freunde und Bekannte an.

Das erste Treffen wurde von etwa zwölf Leuten besucht, darunter ein jugoslawischer Journalist vom SFB. Es ergab sich noch nicht viel Konkretes: In erster Linie wurden die Meinungen ausgetauscht.

Die nächsten beiden Treffen waren dann schon ein guter Erfolg. Jeweils etwa 40 Leute kamen: Vertreter antifaschistischer Kneipe, einer Antikabelgruppe, Hausbesetzer, Autonome im Kiez, Schüler, Vertreter einer Friedensinitiative, eine SPD-Lehrerin, ein Vertreter der Falken, die AL, die Volksfront, die Partei und eine Reihe unorganisierter Leute.

Erfreulich beim zweiten Treffen war, daß im wesentlichen Einigkeit darüber herrschte, gegen das Vorhaben der Nazis im Zusammenhang

mit dem Länderspiel etwas zu unternehmen. Es bestanden schon Pläne für Schutzmaßnahmen für den 25. und 26. 10. Im Kiez. Wir einigten uns recht schnell darauf, ein Flugblatt herauszubringen und ein Plakat zu erstellen.

Den Freitag darauf dann trafen sich einige Antifaschisten zur Diskussion des Flugblattes und wegen des Plakates. Ganz toll, wie das klappte. Drei Stunden lang diskutierten wir ausführlich und angeordnet den Inhalt zum Flugblatt; es herrschte eine ausgesprochen solidarische Atmosphäre. Das Ergebnis — auch in türkischer Sprache — konnte sich sehen lassen.

Beim letzten Treffen vor dem Länderspiel entschieden wir uns kurzfristig dafür, am folgenden Montag durch den Kiez eine Demonstration durchzuführen. Und es gab noch viel zu tun: die Flugblätter mußten gesteckt und verteilt werden, die Plakate mußten geklebt werden usw. Sonntag dann noch ein Vorbereitungstreffen für die Demonstration; Montag dann die Demonstration selber.

Es wurde ein klasse Marsch durch den Kiez.

Zum ersten Mal haben wir als Zelle mit anderen Organisationen zusammen solche Aktionen und so eine Demonstration durchgeführt. Und es hat geklappt! Am Anfang der Demonstration dachten



Berichte von RM-Lesern

wir ja, das haut wohl nicht hin: Lautsprecher funktionierte nicht, und außerdem waren da nur etwa 30 Demonstranten. „Doch wir lassen uns nicht klein kriegen; Probleme sind dazu da, gemeistert zu werden.“ (ein Zitat von Willibald).

Bald wuchs die Demonstration auf zeitweilig 400 bis 500 Teilnehmer an. Vor allem auch die Bevölkerung aus der Türkei nahm unseren Zug sehr wohlwollend auf. Wir spielten über Lautsprecher auch revolutionäre türkische Musik, gerade deswegen, weil die Nazis das nicht leiden können. Als es dunkel wurde, verteilten wir Fackeln. Ein schöner, kämpferischer Zug. Zwischen durch Grüße über Lautsprecher an die antifaschistischen Kneipen im Kiez, an die besetzten Häuser, an die türkischen Sozialdemokraten im Kiez usw. Aber auch: „Wir scheißen auf die Kälte!“ — Treffpunkt der Nazis im Kiez. Hauptparole: „Ausländer bleiben, Nazis vertreiben!“ Lediglich die Abschlusßkundgebung hatten wir vom Zeitpunkt her falsch eingeschätzt; denn zu dieser späten Stunde waren außer uns kaum noch Menschen vor dem Charlottenburger Rathaus — aber: „Aus Fehlern lernen“, sagt Willibald.

Resultat der ganzen Aktionen:

Es bedarf keines allzu großen Aufwandes, um auch im Stadteil im revolutionären Kampf etwas Faßbares auf die Beine zu stellen. Entscheidend ist, ob wir den Mut haben, den ersten Schritt zu wagen und wie wir mit den Menschen umgehen.

Die Zusammenarbeit mit den Autonomen und den anderen Antifaschisten klappte hervorragend. Auch relativ unbedarfte Leute konnten gut mit in die Arbeit einbezogen werden. Wir haben wichtige neue Kontakte geknüpft.

Lediglich die AL entpuppte sich als das, was sie ist: ein kleinbürgerlicher Verein, der vor lauter „Basisdemokratie“ und Parlamentarismus nicht mehr weiß, wo es lang gehen muß.

Ein weiteres Treffen ist angesetzt. Und mal sehen, vielleicht entwickelt sich daraus bald ein noch breiteres antifaschistisches Kiezbündnis.

PS: Die Nazis haben unseres Wissens während des Länderspiels keine Terroraktionen durchgeführt. Möglicherweise auch ein Erfolg unserer Arbeit.

Rot Front
Zelle Berlin/Charlottenburg

Flugblatt „Fußball ja — Nazis nein!“ Ein Flugblatt und seine Folgen Korrespondenz aus Aachen

Am 21. 10. haben wir ein Flugblatt verteilt, das wir euch auch schicken, (s. letzten Roten Morgen). Seitdem sind zwei Dinge passiert:

Erstens:

Am Dienstag, den 25. 10. 83, wurde der Unterzeichner des Flugblattes, Peter Wolters, angerufen

(ca. 18 Uhr). Nach einigen einleitenden Worten fragte der Anrufer: „Haben Sie mit dem Flugblatt zu tun, das am Tivoli verteilt worden ist?“

Als der Anrufer hörte, daß das der Fall war, sagte er: „Schöne Grüße von der Borus-

senfront! Dann ist Ihnen ja wohl klar, daß einige Leute das nicht überleben werden!“

Nach diesem Drohbefehl ist bis heute nichts mehr geschehen.

Zweitens:

Am Tag des Fußballländerspiels am 26. 10. haben nach dem Spiel um 22 Uhr ca. 100 Menschen vom Kaiserplatz aus (Aachener Innenstadt) zum Elsaßplatz hin (Arbeiterviertel im Osten der Stadt) demonstriert. Es wurden Losungen gerufen wie:

„Ausländer bleiben, Nazis vertreiben!“

„Ausländer bleiben, Zimmermann vertreiben!“

„Fußball ja, Nazis nein!“

„Nie wieder Faschismus, nie wieder Krieg!“

Vom Elsaßplatz aus wurde die Demonstration durch das Ostviertel

fortgesetzt (Düppelstraße, Stolbergstraße, Eifelstraße, Oranienstraße, Kurfürstenstraße, Oppenhoffallee und zurück zum Elsaßplatz). Die Demonstration erhielt aus den Fenstern viel Beifall. Am Elsaßplatz wurde die Demonstration mit einem knappen Schlußwort beendet. Die Teilnehmer waren sich einig, daß die Aktion ein Erfolg war, zumal die Sache von einigen sehr unterschiedlichen Organisationen getragen wurde (KPD, Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD, GIM, DS, Volksfront, autonome Gruppen und andere). Man fand auch gut, diese Sache zu starten, wegen der Versuche der Neonazis, in Berlin eine Schlacht zu liefern, und nicht erst zu warten, bis etwas passiert, das uns den Anlaß zum Demonstrieren gibt. Ein Genosse aus Aachen

Bericht aus Dortmund Borussenfront-Terror geht weiter

Daß die Nazis nach der Schlapp von Berlin in den verschiedenen Städten ihre Umtriebe fortsetzen, auch unter den Fußballfans, ist bekannt. Ein Beispiel aus Dortmund: Am vergangenen Sonntagabend zogen drei Borussenfrontler durch die Straßen am Borsigplatz, beleidigten ausländische Mitbürger und bewarfen sie mit Gegenständen. Als ein deutscher Antifaschist einschritt und mit einem Ausländer

zusammen zur Polizei gehen wollte, schlugen sie zu. Anschließend räumten sie am Borsigplatz noch einen Stand der MLPD ab. Sie wurden dann von der inzwischen herbeigerufenen Polizei mitgenommen. Eine Anzeige wegen Beleidigung und Körperverletzung wurde von dem deutschen Antifaschisten, einem griechischen und einem türkischen Mitbürger eingereicht.



Hitler-Gruß im Stadion, Gewalt gegen Ausländer und deutsche Antifaschisten: Trotz verschiedener Strafverfahren gehen die Umtriebe der Dortmunder Borussenfront weiter. In anderen Städten bietet sich das gleiche Bild.



Fußballer-Solidarität in Westberlin

Verfassungsreferendum in Südafrika

Die Macht der Weißen zementiert

Am Mittwoch, den 2. November waren die 2,7 Millionen wahlberechtigten Weißen in Südafrika zu einer „Volksabstimmung“ aufgerufen. Auf einem Stimmzettel wurde ihnen die Frage vorgelegt: „Sind Sie für die Verwirklichung des vom Parlament verabschiedeten Verfassungsgesetzes 1983?“. Die meisten waren es, und so wurde nach einer staatlichen Kampagne, die manchen Wahlkampf in den Schatten stellte, alles klar gemacht für eine weitere Zementierung der Macht der Weißen, wurde außerdem ein extrem undemokratisches

Obwohl es im Verfassungsentwurf nicht zuletzt auch um die Rechte der Mischlinge und der südafrikanischen Bürger indischer Herkunft ging, war keine dieser Bevölkerungsgruppen befragt worden, ganz zu schweigen von den Schwarzen, die gar nicht als Bürger des Landes zählen.

Der erste Punkt der neuen Verfassung Südafrikas betrifft die Einrichtung parlamentarischer Vertretungen für Mischlinge und Inder. Dieser Teil der neuen Verfassung wurde von der herrschenden Nationalen Partei des Premiers Botha als Jahrhundertwerk, als grundlegende Verfassungsreform, als der entscheidende Schritt zur Machtteilung (power-sharing) angesehen.

Schaut man genauer hin, so entdeckt man wenig grundlegend Geändertes: Die neue Verfassung sieht vor, daß Südafrika künftig neben dem bestehenden bleibenden „weißen“ Parlament zwei weitere Kammern bekommt, eine für „Coloureds“, für Mischlinge und eine für die Bürger indischer Herkunft. Zunächst einmal bleibt festzustellen, daß damit die rassistische Politik uneingeschränkt beibehalten bleibt. Ganz abgesehen davon, daß die 23 Millionen Schwarzen völlig ausgeschlossen sind aus jeder Form parlamentarischer Vertretung, ist die Trennung in verschiedene Kammern nach ausschließlich rassistischen Gesichtspunkten eindeutig. Und das Argument des „power-sharing“, der Machtteilung sticht auch nicht. Denn das Verhältnis der Abgeordnetensitze zwischen weißer, Mischlings- und Inderkammer beträgt 4:2:1, sodaß die „weiße“ Kammer die beiden anderen immer überstimmen kann.

Hinter diesem ganzen Konzept steht der Versuch der regierenden Nationalen Partei ökonomischen Sachzwängen nachzugeben. In den großen Ballungszentren in vielen Industrien gibt es immer mehr „nicht weiße“ qualifizierte Arbeitskräfte. Diese sollen jetzt in das System eingebunden werden, während für die Schwarzen ganz radikal die Politik der Abschiebung in „Reservate“ durchgeführt wird, in die Bantustans. In diese Scheinstaat auf dem Gebiet der Südafrikanischen Republik wurden in den letzten Jahren viele Millionen Schwarze zwangsumgesiedelt. An dieser Politik, das hat Premier Botha auch klargestellt, wird sich nichts ändern.

Und für die jetzt mit parlamentarischer Vertretung „bescherten“ Bevölkerungsgruppen kommt auch nicht nur Gutes. Neben der durch die Konstruktion der drei Kammern des Parlaments festgeschriebenen Rechtlosigkeit ihrer Vertretung kommen natürlich auch „Pflichten“ auf diese Bürger zu. Die aggressive Armee Südafrikas, Gefahrenherd für die ganze Region und aktiv am Kampf gegen unabhängige Staaten nördlich von Südafrika beteiligt, diese Armee braucht Menschenmaterial: Die deutschsprachige Zeitung „Südafrikanischer Di-

gest“, stramm regierungstreu, berichtete von einem Auftritt Bothas an der Universität von Pretoria: „Auf die Frage, ob die derzeit nur für Weiße geltende



Bald unumschränkter Diktator: Premier Pieter Botha

Wehrpflicht unter der neuen Verfassung auch auf Mischlinge und Inder erweitert werde, antwortete der Premierminister, das sei bereits beschlossene Sache.“ Dieses Zitat macht zwei Dinge deutlich. Zum eine ist da-

stisches Präsidialsystem angenommen, oder offen gesagt, der gesetzliche Rahmen für eine Ein-Mann-Diktatur geschaffen.

Neben den vielen kritischen Stimmen aus Parteien, Kirchen und der Oppositionsbewegung gehörte auch dies zur Referendumskampagne: Mehrere Bombenanschläge und die Schließung der Universität für Schwarze in Zululand, wo bei Unruhen fünf Menschen erschossen wurden.

kas ist die Konstruktion der Rolle des Staatspräsidenten. Ein Wahlmännerkollegium aus den drei Kammern, besetzt mit 50 Abgeordneten der Weißen, 25 Farbigen und 13 Indern wählt den Präsidenten. Damit ist — neben der Tatsache, daß er indirekt gewählt wird, auch gesichert, daß hier immer das „weiße“ Parlament die Mehrheit hat. Der Präsident kann nicht vom Parlament kontrolliert werden, nicht mal Gerichte können gegen ihn was unternehmen. Der Weg Südafrikas zu einer totalen Diktatur ist auch schon durch die Machtfülle des Präsidenten offenkundig. Er ist Oberkommandierender der Armee, kann Krieg und Frieden allein ausrufen, den Ausnahmezustand verhängen und die Parlamentskammern jederzeit auflösen. In Streitfällen entscheidet der Präsident allein, seine Beschlüsse können nicht angefochten werden.

Zur Absicherung dieser Macht ist in Südafrika schon lange ein Gremium etabliert

Kampf verschiedenster oppositioneller Gruppen. So ist der — trotz Verbot und massiver Unterdrückung — enorm gestärkte „African National Congress“ heute eine der stärksten Widerstandsorganisationen, die sich auf ein intaktes Untergrundnetz verlassen kann.

Dazu haben sich im Mai dieses Jahres mehr als 30 Organisationen zu einer „United Democratic Front“ (UDF) zusammengeschlossen. In der UDF arbeiten Bürgerrechtsgruppen, Vertreter der schwarzen Wohnsiedlungen, Gewerkschaften, Kirchen und Frauengruppen, Studentenorganisationen trotz verschiedenster ideologischer Gegensätze und Probleme zusammen am Aufbau einer breiten Widerstandsfront der armen und entrechteten Menschen in Südafrika.

Die neue Verfassung, die diktatorische Machtfülle für den Präsidenten, ist lediglich ein Versuch der Herrschenden, ihre Macht zu erhalten, die von der Mehrheit der Bewohner des südlichen Afrika bedroht ist.



Schwarzer Widerstand in Südafrika

mit bewiesen, daß die Scheinrechte der Minderheiten mit harten Pflichten verbunden sind, zum anderen zeigt die Frage allein schon, daß diese Angelegenheit in der Verfassung selbst gar nicht geregelt ist. Denn die südafrikanische Verfassung kennt keinen „Grundrechtskatalog“, wie ihn eigentlich alle bürgerlichen Verfassungen enthalten.

Individuelle Grundrechte sind nicht formuliert, können auch nicht eingeklagt werden. Der Verfassungsminister des Landes begründet dies damit, daß ein Grundrechtskatalog ungeeignet für eine Gesellschaft mit 13 Bevölkerungsgruppen sei, in der primär die „Gruppenrechte geschützt werden“ müßten. Oder mit anderen Worten, eine jede Formulierung eines individuellen Grundrechts könnte dahin gehend ausgelegt werden, sie gelte womöglich für alle, für Schwarze, Weiße, für Mischlinge usw. — das aber soll genau verhindert werden.

Der zweite wichtige und eigentlich entscheidende Aspekt der neuen Verfassung Südafri-

worden, dessen Funktion sogar die bürgerliche Presse des Landes zusehends kritischer kommentiert. Der Rat für Staatssicherheit (State Security Council, SSC). Durch einen Parlamentsbeschluß 1972 geschaffen und seit 1979 durch ein „Ständiges SSC-Sekretariat“, direktes Beratergremium des Premiers, ist hier die gesamte Macht des Staates konzentriert. Dem SSC gehören alle Minister an, in deren Geschäftsbereich Fragen der „Nationalen Sicherheit“ vorkommen, Leiter der Nachrichtendienste und hohe Militärs. Dieses sogenannte interministerielle Gremium kann in keiner Weise vom Parlament kontrolliert werden, ist nicht einmal verpflichtet, das Parlament über seine Arbeit und über Aktionen zu informieren. Die Kritik an der Machtfülle des Präsidenten, an seinem Beraterstab vom SSC nimmt auch in den bürgerlich-liberalen Kreisen zu.

Entscheidend für die Zukunft des Landes werden aber nicht diese Widersprüche innerhalb der Bourgeoisie Südafrikas sein. Entscheidend ist der

Widerstand auf den Philippinen

Nach der brutalen Ermordung des Oppositionsführers Aquino, dem unter starkem Druck der Öffentlichkeit abgesagten Reagan-Besuch in Manila sieht sich die Marcos-Diktatur zunehmend dem Druck einer breiten Protestbewegung ausgesetzt.

Nicht nur die schon lange im Inneren des Landes kämpfende Guerilla, die breite demokratische Protestbewegung, die sich nach dem Tod Aquinos zunehmend eint, auch die bisher engsten Freunde des Diktators, große Teile der Bourgeoisie wenden sich von ihm ab.

Neben hohen Kirchenkreisen ist jetzt auch der ehemalige Justizminister und jetzige Richter am Obersten Gerichtshof, Vicente Abad Santos, auf deutliche Distanz zu Marcos gegangen, dem er „paranoische Neigungen“ unterstellte, die sich in der Weise äußerten, daß er alles, was negativ im Lande sei, den Kommunisten zuschiebe, und daß er eine Kommunistenhatz organisieren würde.

Der Richter weiß, wovon er redet. Spätestens nach der spektakulären Ermordung des Oppositionsführers Aquino sind nämlich sehr viel mehr Menschen auf den Philippinen in Opposition als früher. Und — dies genau einschätzend — läuft zur Zeit eine gigantische Kapitalflucht. Die Reichen, die jahrelang von der faschistischen Diktatur profitiert haben, trauen ihrem Führer nicht mehr. So sind nach Schätzungen aus der philippinischen Bourgeoisie seit dem Mord an Aquino mindestens 200 Millionen Dollar außer Landes transferiert worden. Eine Sache, die sich die total verschuldete Wirtschaft des Landes einfach nicht leisten kann. Mit Milliarden Dollar verschuldet, ist die philippinische Wirtschaft, wie kaum eine andere, von ausländischen Kreditgebern abhängig. Ein Staat, der aber zusehends an Macht, Einfluß, Autorität und an für das Kapital so wichtiger „Stabilität“ verliert, wird kaum noch gute Chancen bei der Weltbank, dem Internationalen Währungsfond oder privaten Geldgebern haben. So sind schon Vertreter bürgerlicher Organisationen mit — für diesen Staat — sehr weitreichenden Reformvorschlägen an die Öffentlichkeit getreten. In krasser Opposition zu Marcos fordern sie demokratische Beteiligung der Bevölkerung an der wirtschaftlichen Programmentwicklung des Landes, automatische Lohnangleichung an Inflation und Preissteigerung, Preisbindung für Grundbedürfnisgüter, Kon-

trolle von Devisenrückführung ausländischer Unternehmen, Abbau der Abhängigkeit von der Weltbank und dem Internationalen Währungsfond und Neuorientierung der Produktion an den Bedürfnissen der Bevölkerung. (Vorschlag der CACP, „Citizens Alliance for Consumers Protection“ vom 7. Oktober 1983).

Die breite Opposition gegen die Marcos-Diktatur hat für den 27. November, dem 51. Geburtstag des ermordeten Aquino zu einem nationalen Boykott aufgerufen. Dabei sollen die regierungseigenen PETRO-Tankstellen boykottiert werden, kein Einkauf in der Supermarktkette ROSTAN getätigt werden, die der Präsidentenfamilie gehört, Boykott der LOVE-BUS-Linie, ebenfalls im Besitz des Marcos-Clans, sowie keine Zahlungen von Steuern, und keine Zahlungen für Strom, Wasser und andere öffentliche Einrichtungen entrichtet werden. Weiterhin sollen alle 26 der Regierung oder der Marcos-Familie gehörenden Banken boykottiert werden.

Die Aussichten für die Aktionen sind nicht ungünstig. Ein nach dem Aquino-Mord ausgeführter Boykott der drei Regierungszeitungen hat in einem Falle, beim „Daily Express“ einen Auflagenrückgang von 110000 auf 40000 und einen Verlust für den Verleger von rund 100000 Dollar gebracht. Der Absatz in den Marcos-eigenen ROSTAN-Läden ist seit September auch schon um 40 Prozent gesunken.

So steigert sich der Widerstand gegen Marcos auf vielfältige Weise. Vom bewaffneten Widerstand in einigen Provinzen, über die oft hunderttausende Menschen umfassenden Demonstrationen für politische Rechte, bis hin zu verschiedensten wirtschaftlichen Maßnahmen zeigt sich, wie ein ganzes Volk gegen einen Diktator Front macht.

Bürgerkrieg in Indien?

Ausnahmezustand in Punjab

Wieder einmal haben von den alten Kolonialmächten willkürlich gezogene Grenzen und jahrzehntelange Unterdrückung nationaler, religiöser und kultureller Gegensätzlichkeiten zu einer bürgerkriegsähnlichen Situation geführt. Der indische Bundesstaat Punjab, eine der reichsten Provinzen in diesem so armen Staat, steht praktisch unter Kriegsrecht, die Zentralregierung in Delhi hat die Provinzregierung abgesetzt, Militäreinheiten mußten praktisch das ganze Gebiet besetzen.

Punjab ist ein künstliches Gebilde. Schon durch die willkürliche Aufteilung des alten britischen Kolonialreiches in die Staaten Indien und Pakistan wurde diese historisch gewachsenen Provinz zerrissen, ganze Bevölkerungsteile wanderten je nach Glauben in den einen oder anderen Teil aus.

Im heutigen Bundesstaat Punjab bildet die Religionsgemeinschaft der Sikhs eine knappe Mehrheit in der Bevölkerung, 40 Prozent sind Hindus und kleine Teile stellen die Christen und Moslems. Die Sikhs fordern für sich volle wirtschaftliche und

politische Selbstbestimmung, wollen ihre Religionsausübung durch besondere Privilegien erleichtert bekommen. Damit geraten sie natürlich in Widerspruch zu dem anderen, auch nicht gerade geringen Bevölkerungsteil.

Unterstützt von nationalistischen Kräften und religiös-fanatischen „Fundamentalisten“ ist die Lage praktisch schon einem Bürgerkrieg gleich. Die Zentralregierung der Frau Gandhi sieht hier auch keine anderen Mittel mehr, als gewaltsame, administrative Maßnahmen. Das Absetzen der Provinz-

regierung und die Übernahme der Regierungsgewalt durch die Regierung in Delhi, der massive Militäreinsatz wird den Konflikt in Punjab nicht beenden, vielleicht einige Zeit unterdrücken können.

Hunderte Tote in Punjab, Angehörige beider Religionsgemeinschaften der Sikhs und der Hindus bekämpfen sich gewalttätig, und ein immer größer werdender Terror religiöser Eiferer auch in anderen Bundesstaaten Indiens könnten Ausgangspunkt für einen regelrechten „Religionskrieg“ in Indien werden. Ein Krieg, in dem sich unter religiösen Parolen die Unzufriedenheit mit dem bestehenden Staat ausdrückt, der den Haß auf soziale Ungleichheit, politische, nationale und kulturelle Unterdrückung in blutige Bahnen lenkt.

Grenada — Nicaragua

Reagan schließt weitere Invasion nicht aus

Honduras will Krieg gegen Nicaragua

Fortsetzung von Seite 1

Bei der Bildung einer „Übergangsregierung“ für Grenada unter dem britischen Generalgouverneur Scoon spielt offensichtlich der stellvertretende US-Staatssekretär Gillespie die entscheidende Rolle. Er und andere hohe US-Beamte erstellen die schwarzen Listen mit Leuten, „die nicht mehr erwünscht“ sind. Von diesen Typen stammen auch die ganzen Schauer-märchen über Waffenlieferungsverträge und Waffenarsenale auf Grenada. Außer der Lieferung von Uniformen und der Zusage Ausbildung zu leisten bleibt als Beweis für die Gefahr, die von Grenada gegen die USA ausging, nur ein wirklich kümmerliches Häuflein zum Teil total veralteter Handfeuerwaffen.

Eine Bedrohung für die Atommacht USA? Grenada war keine Bedrohung für die USA, genauso wenig wie es Nicaragua ist. Aber jede politische Handlung, die den USA irgendeinen Handbreit Einfluß in der mittelamerikanischen Region beschneidet, wird mit der weltgrößten Militärmaschinerie bedroht.

So ist in den letzten Wochen auch der Druck auf Nicaragua größer geworden. Neben der erneuten Bewilligung von Millionen Dollar für die Untergrundarbeit des CIA in Mittelamerika, haben die treuesten Partner, die faschistischen Marionettenregimes in Mittelamerika, neue Offensiven ergriffen. Seegefechte vor der nicaraguanischen Küste, die Terrorangriffe vom Gebiet der Nachbarländer Nicaraguas aus und die internationale Verleumdungskampagne gegen das kleine Land nehmen immer mehr zu.

In Honduras ist jetzt ein Dokument veröffentlicht worden, das von einem „Verband für den Fortschritt Honduras“ (AP-PROH) herausgegeben wurde. Chef dieser Organisation ist der höchste Befehlshaber der Streitkräfte von Honduras, General Alvarez Martinez. In dem erwähnten Dokument appelliert die Organisation ganz offen an die USA, eine militärische Intervention gegen Nicaragua zu organisieren, die von anderen Staaten der OAS, der Organisation amerikanischer Staaten, unterstützt werden soll.

So wird hier schon wieder ein Hilferuf von Nachbarstaa-

ten ins Spiel gebracht, ein Hilferuf, dem sich irgendwann Ronald Reagan und seine US-Armee nicht widersetzen können oder besser: wollen.

In Nicaragua wird die Besorgnis immer größer. Maßgebliche Politiker schließen eine Invasion durch die USA selbst für dieses Jahr nicht mehr aus. Man folgert das aus der Arbeit der CIA, der, wie es aus Regierungskreisen verläutet, „eine militärische Intervention Nicaraguas zu rechtfertigen“.

Unterdessen laufen in Nicaragua sowohl die Abwehranstrengungen auf vollen Touren, als auch die Versuche, die Schäden der laufenden Terrorangriffe zu beseitigen oder zumindest abzumildern. So muß die Hafenstadt Corinto, die am 11. Oktober Opfer eines schweren Angriffs war, jetzt vollständig geräumt werden. Nur Hafenarbeiter und Soldaten blieben dort. Corinto ist enorm wichtig für die Erdöllieferungen nach Nicaragua und ist dauernd Angriffen der von den USA unterstützten Contras ausgesetzt.

In Nicaragua wurde jetzt damit begonnen, freiwillige Frauen in die Armee mit einzubeziehen. Alles wird getan, um einem möglichen Einmarsch der USA zu begegnen, standhalten zu können und die Errungenschaften der Revolution zu verteidigen.

Daniel Ortega, einer der führenden Männer der sandinistischen Regierung, hielt in Managua bei einer Solidaritätskundgebung für Grenada eine kämpferische Rede. Darin stellte er

die Pläne und Absichten der USA wie folgt dar:

„Die Revolutionäre Regierung weiß von CIA-Plänen, militärische Attacken und Attentate auf Wirtschaftsziele in Honduras und Costa Rica zu provozieren, damit diese Länder uns beschuldigen können und somit ein Vorwand geschaffen ist, eine größere Aggression gegen Nicaragua vom Zaune zu brechen. Diese Pläne sollen in kurzer Zeit verwirklicht werden.“

Die Regierung der Vereinigten Staaten hat alle Friedensinitiativen Nicaraguas im Rahmen der Contadora-Gruppe und die Vorschläge für Friedens- und Sicherheitsverträge, die unser Land direkt dem US-Außenministerium übergeben hat, abgelehnt.

Die Überheblichkeit, die Unüberlegtheit und das Machtstreben, die das Verhalten der US-Administration bestimmen, können zu einem organisierten Krieg in Mittelamerika führen.

Wir möchten uns an die verantwortlichen Regierungen angesichts der Gefahr eines Krieges, der heute noch vermieden werden kann, wenden und aufrufen, alle Mittel der internationalen Gemeinschaft anzuwenden, um die Aggression gegen Nicaragua und El Salvador zu stoppen und den unverzüglichen Rückzug der Invasions-truppen aus Grenada zu fordern.

Wie nie zuvor müssen wir Nicaraguaner heute entschlossen sein, unsere Bereitschaft unter Beweis zu stellen, mit Heldenmut und Disziplin alle Aufgaben, die sich aus der gegenwärtigen Notsituation ergeben, zu erfüllen, um die Verteidigung des Vaterlandes zu festigen. In diesen Momenten muß das ganze Volk einig sein und fest an der Seite seiner Avantgarde und seiner revolutionären Regierung stehen.“



Verhör auf Grenada: „Wo waren Sie im Augenblick des Attentats in Beirut?“ Aus: „Le Monde“

fuhr man, daß die Gegner Bishops eine Mehrheit im Zentralkomitee der Partei sowie im politischen Apparat der Streitkräfte und der Sicherheit erlangt hatten und daß Bishop von seinem Amt in der Partei abgesetzt und unter Hausarrest gestellt worden ist. (...) In den folgenden Tagen trafen (...) ständig Nachrichten über die Positionen und Argumente der beiden in den Konflikt verwickelten Seiten ein. Nach unserer Meinung gab es in Wirklichkeit mehr Konflikte um Persönlichkeiten und Konzeptionen der Leitungsmethoden — die nicht frei waren von anderen subjektiven Faktoren — als um grundlegende Fragen. (...)

Am frühen Morgen des 19. Oktober trafen Nachrichten ein, daß die Werktätigen in den Streik getreten seien und das Volk auf den Straßen für Bishop demonstrierte. Eine große Menschenmenge begab sich zu seiner Residenz, wo sie ihn aus dem Hausarrest befreite. Anschließend, nach ungenauen Informationen, wurde eine Militäreinheit vom Volk besetzt. Daraufhin wurde Militär in dieses Gebiet entsandt. Es heißt, es sei auf Demonstranten geschossen worden und es habe Tote

und Verletzte gegeben. Die Armee habe die Militäreinheit zurückerobert und zahlreiche Personen festgenommen. Über das Schicksal Bishops und der übrigen ihn begleitenden Führer war nichts bekannt.

In den Nachmittagsstunden wurde der dramatische Ausgang bekannt. Ein offizielles Kommuniqué teilte den Tod von Maurice Bishop, Ministerpräsident, Unison White-man, Außenminister, Jacqueline Creft, Minister für Erziehung, Vincent Noel, erster Vizepräsident der Gewerkschaftszentrale von Grenada, Norris Bain, Minister für Wohnungsbau und Fitzroy Bain, Generalsekretär der Gewerkschaft der Landarbeiter, mit (...)

Bishop war ein politischer Führer, der aufgrund seines Talentes, seiner Einfachheit, seiner Aufrichtigkeit, seiner revolutionären Ehrenhaftigkeit und seiner Freundschaft zu unserem Land bei unserem Volk große Sympathie und hohes Ansehen genoß. Ferner erfreute er sich eines großen internationalen Ansehens.

Die Nachricht von seinem Tod hat die Führung unserer Partei bewegt, und wir werden ihm ein ehren-

Nach den getürkten Wahlen:

Alle Macht bleibt bei der Junta

Wahlsieger Özal kein Oppositioneller

ANKARA. — Die drei übriggebliebenen Parteien von den zwölfen, die sich an der Wahl unter der Militärjunta beteiligen wollten, haben die Parlamentssitze unter sich aufgeteilt. Daß trotz der massiven Unterstützung der Junta nicht der Hauptfavorit, die rechtskonservative „Nationalistische Demokratische Partei“ (MDP) gewann, sondern die „Vaterlandspartei“ (ANAP) die meisten Sitze errang, darf man bei der Betrachtung dieser Wahl nicht überbewerten.

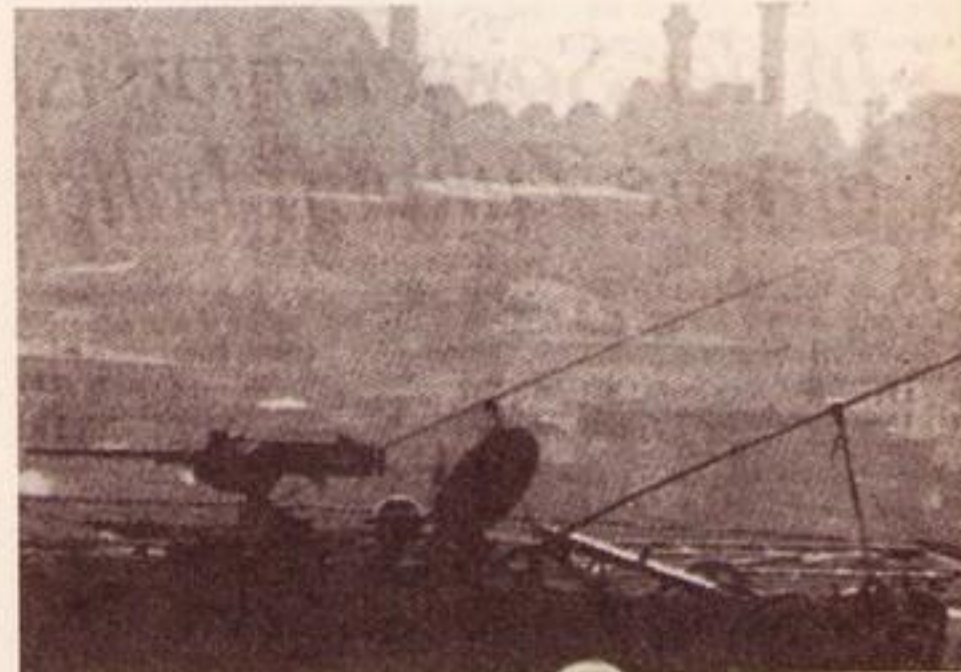
Das vorläufige amtliche Endergebnis spricht der Vaterlandspartei 212 der 400 Sitze des Scheinparlaments zu, der von den Militärs als Oppositionspartei auserkorenen „Populistischen Partei“ (HP) 116 und der eigentlich favorisierten „Nationalistischen Demokratischen Partei“ (MDP) 72 Sitze.

Nun hatte zwar General Evren noch am Vorabend der Wahl eindringlich an die Wähler appelliert, die Partei ANAP des Wirtschaftsexperten Özal nicht zu wählen. Da mögen die Militärs mit der Besetzung der Parlamentssitze durch die verschiedenen Parteien nicht zufrieden sein, Opposition haben sie indes nicht zu erwarten. Zum einen hat das Parlament keinerlei Funktion oder Recht, das in irgendeiner Weise die Politik der Generäle in Frage stellen kann, zum anderen hat der „Überraschungswahlsieger“ Özal am Montag nach der Wahl sofort eine Loyalitätserklärung abgegeben, in dem er dem Nationalen Sicherheitsrat und der Armee für die Sicherstellung des Friedens im Land und für die Öffnung des Weges zur Demokratie dankte.

So wird sich durch die Scheinwahlen in der Türkei nichts ändern. Die Vorsortierung von Parteien und Kandidaten, die obligatorische (bei hohen Geldstrafen erzwungene) Wahlpflicht für ein Parlament ohne Rechte bedeuten keinerlei Demokratisierung. Damit gibt es nach dem 6. November auch keinen Grund, die Haltung zur Türkei zu ändern. Selbst ein Wahlausgang, den die herrschende Militärdiktatur nicht wollte, ist kein Indiz dafür, daß sich irgendetwas in der Türkei verändert hätte, das zum Beispiel die Wiederaufnahme der Zahlung von EG-Mitteln an die Türkei, was die Fortsetzung der Bonner Türkei-Hilfe rechtfertigen würde.

Das ganze Wahlspektakel ist eine Inszenierung gewesen, die die internationale Kritik und die

Isolierung der türkischen Militärjunta verschleiern sollte. Die nackten Tatsachen beweisen allerdings, daß in der Türkei eine faschistische Militärdiktatur von des Westens Gnaden an der Macht ist, die verjagt werden muß.



Alles beim alten nach der Wahl am 6. November: Militär an der Macht in der Türkei

Kommentar:

Der Palästinenserführer Jassir Arafat mit tausenden seiner Mitstreiter in der Nähe von großen Lagern mit palästinensischen Flüchtlingen unter Beschuß, von Bombern bedroht. In der Nähe von Tripoli kämpfen PLO-Einheiten mit dem Rücken — nein nicht zur Wand — sondern zur Küste des Libanon, die vollständig unter Kontrolle der Schiffe der USA und Israels ist.

Das ist kein Bericht aus Beirut 1982, als der große Vernichtungsfeldzug der Israelis gegen die PLO lief, das sind Tatsachen aus dem November 1983 — die Angreifer gegen Arafat und seine Leute sind Palästinenser und arabische Truppen, konkret: Einheiten des syrischen Staatschefs Assad.

Der mörderische Bruderkrieg

Der Konflikt in der PLO, der jetzt mit blutiger Gewalt ausgetragen wird, schwelt schon lange. Radikale Kräfte kritisieren Arafat schon länger wegen seiner Hoffnung auf Lösungen des Palästinenser-Problems an internationalen Verhandlungstischen.

Unbestritten ist aber auch, daß mit Jassir Arafat die PLO weltweite, internationale Anerkennung, viele Freunde auf der ganzen Welt gefunden hat. Mit Jassir Arafat ist die PLO aus dem Ruf einer kleinen Terrororganisation herausgekommen, sie gilt international als legitime Vertreterin des leidgeprüften palästinensischen Volkes.

Mit seinen Verdiensten um die PLO ist Arafat keineswegs für immer und alle Zeiten von jeder Kritik ausgenommen. Nur — und das ist das Entscheidende, nichts gibt es dem Führer der Palästinenser vorzuwerfen, daß einen derartigen Krieg, wie er jetzt geführt wird, rechtfertigt. Die Angriffe der „Rebellen“ auf die Stützpunkte Arafats und seiner rund 8000 Mann haben schon hunderten Menschen das Leben gekostet. Unter dem Trommelfeuer von Geschützen und Raketenwerfern, das aus dem von Syrien kontrollierten Gebieten kommt, sind auch die Lager Nachrel-Bared und Baddawi geraten, in denen rund 45000 palästinensische Flüchtlinge leben. Um deren Leben nicht zu gefährden, haben die Truppen Arafats sich noch weiter zurückgezogen.

Es ist müßig darüber zu spekulieren, ob und wie weit hinter den Unterstützern der „Rebellen“, also hinter Syrien und dem Südjemen die Sowjetunion steckt. Es ist müßig darüber zu spekulieren, welche Absichten Staaten wie Marokko, Saudi-Arabien oder Ägypten mit ihrer Parteinahme für Arafat verbinden. Die mörderische Art und Weise des laufenden Konflikts schadet dem palästinensischen Volk, der Sache eines unabhängigen Staates, nutzt nur den Israelis und den westlichen Imperialisten, die ihnen bei ihrer expansionistischen Politik direkte militärische Unterstützung zukommen lassen. Truppen der Israelis stehen im Libanon, Beirut ist ein einziger Militärstützpunkt der USA und Frankreichs, und im nördlichen Libanon stehen die letzten unabhängigen Stützpunkte und Zufluchtsorte der Palästinenser unter schweren Beschluß. — Die Politik Israels wird hier fortgesetzt, nur eben nicht von den Israelis, sondern von den PLO-„Rebellen“ von Syrien, und allen Kräften, die das unterstützen!

Die ganze Auseinandersetzung läßt schlimme Parallelen zu Grenada erkennen. In einer spannungsgeladenen Zeit haben innere Auseinandersetzungen die fortschrittlichen Kräfte in Grenada gelähmt, isoliert, haben diese mit Waffengewalt geführten Auseinandersetzungen das Land den US-Imperialisten zur leichten Beute gemacht. Für die Sache der Palästinenser sieht es ähnlich bedrohlich aus.

Grenada Hintergrund

Nach der Invasion entdeckten die Feinde Grenadas plötzlich ihr Herz für Maurice Bishop. Die Putschisten, so hieß es immer wieder, seien allesamt pro-sowjetisch und procubanisch gesteuert, Maurice Bishop aber sei noch „liberal“ gewesen. Die im folgenden nachgedruckte offizielle Stellungnahme Kubas vom 21. Oktober, also vor der US-Invasion, beweist aber, daß die Putschisten nicht im Auftrag Kubas handelten. (Kürzungen und Hervorhebungen von uns, RM)

„Am 12. Oktober übermittelte unsere Botschaft in Grenada die überraschende und unangenehme Mitteilung, daß sich im Zentralkomitee der Partei in Grenada tiefe Spaltungen vollzogen haben. (...)

In den Nachmittagsstunden er-

Brennpunkt Zentralamerika

Angela Zago:

Angela Zago verbrachte anderthalb Jahre ihres Lebens als Guerillakämpferin in den Bergen der Provinz Lara, Venezuela. Eine Tuberkulose zwang die Zwanzigjährige, nach Caracas zurückzukehren. In ihrem Buch »Aqui no ha pasado nada« (Hier ist gar nichts passiert) beschreibt sie ihre Erfahrungen in der Guerilla.

...

Es ist Nacht. Irgendeiner, ich weiß nicht mehr wer, hatte mich geweckt: »Nachtwache, Kameradin! Stell dich hier zwischen die Bäume, da kann man den ganzen Weg überblicken. Lösung soundso. Das Gewehr entschert. Ruf uns, wenn irgend etwas los ist.«

Ich bin hellwach. Bei dieser Kälte bleibt mir gar nichts anderes übrig. Ich hocke mich neben einen Stein, das entscherte Gewehr zwischen meinen Knien. Jedes Geräusch wird mir allmählich vertraut. Manchmal ist die Nacht so still und dunkel, daß ich mich etwas beklommen fühle. Ja, warum bin ich an die Front gegangen? Weil die Partei mich hierhergeschickte, natürlich, aber innerlich, menschlich ... aus welchen Gründen geht man in die Berge, geht man zur Guerilla? Warum macht man mit in diesem Krieg, der unser Land befreien will? Ich hasse den Hunger meiner Leute. Ich hasse die Menschen, die Machtpositionen haben, die ihnen nicht zustehen. Ich spüre einen entsetzlichen Schmerz, wenn ich die Kinder in unseren Elendsvierteln sehe. Ich erinnere mich, daß ich mir im Gefängnis geschworen habe, alles zu tun, was in meiner Macht steht, um mit der Ungerechtigkeit Schluß zu machen. Es war in jener Nacht, in der uns die Schreie eines Kindes weckten. Ein großer, fatter Mann schlug den Jungen mitten ins Gesicht. Im Schein einer nackten Birne, die den Hof halb erleuchtete, sahen wir sein Gesicht. Er war vielleicht zwölf Jahre alt. Ich weiß nicht, was er verbrochen hatte. Jedenfalls gehörte er zu den gewöhnlichen Delinquenten. Es war im Jugendgefängnis von El Junquito, und er hatte versucht, auszubrechen. Wir schlugen Krach in unseren Zellen. Später wurde alles wieder ruhig. Wir hatten eine ungeheure Wut. Die Tochter Villanuevas, die als Zeichen ihrer Empörung auf den Hof gespuckt hatte so weit sie konnte, schimpfte noch immer vor sich hin. Ich deckte mich wieder zu.

Aber dieser Augenblick war es, in dem ich meinen Schwur tat. Als sie mich später freiließen, wiederholte ich ihn vor dem Teniente Fermín. Geht man deshalb zur Guerilla? Oder darum, weil in unserem Land Student sein ein Verbrechen ist? Oder weil man uns unser Erdöl stiehlt? Oder weil sie, als ich 16 Jahre alt war, meinen besten Freund umbrachten? Leo war für mich genau dieses Vorbild, das man mit 16 braucht. Er hörte gern Musik. Er wußte mehr als alle anderen über den Föderationskrieg. Aber vor allem war er Revolutionär. Er liebte Venezuela. Er hatte so große Ideale, und sie durchlöcherten ihn auf einem Rancho in Lídice. Was habe ich damals geweint! War es Leo, der mich zur Revolutionärin machte? Nein, es war nicht nur Leo. Es waren so viele Dinge, winzige Dinge oft, die sich anhäuferten, die Gestalt annahmen, die ein Bild in mir formten. Aber vor allem bin ich in der Guerilla, weil ich an den Sieg der Revolution glaube. (...)

Ich möchte einmal mit einem Feind sprechen und ihn fragen: »He, du! Weißt du eigentlich, wo du stehst in diesem Krieg? Weißt du, was Imperialismus heißt? Ja? Wie ist es dann möglich, daß du nicht auf unserer Seite stehst? Aber du kämpfst natürlich nicht aus Überzeugung. Und wenn du wirklich aus Überzeugung kämpfst, wenn du tatsächlich glaubst, du verteidigst dein Land gegen den Kommunismus, verdammt,

oder Ich möchte einmal mit einem Feind sprechen ...



warum folterst du dann die Bauern? Nie würde ich von einem Soldaten verlangen, mich nicht zu töten, wenn wir uns im Kampf gegenüberstehen, aber einen alten Bauern packen und ihn totprügeln mit deinen jungen Händen, verdammt, nur weil du stärker bist und bewaffnet: Diese Scheiße ist kein Kampf, sondern Feigheit. Mann, ich glaube einfach nicht, daß sie dir das in Panama gezeigt haben, und wenn: armer Junge, der sich Verbrechen statt Kampf beibringen läßt. Es ist mir ganz egal, ob du glaubst, Kapitalismus wär' besser als Sozialismus. Ich hab' mein Zeug

im Kopf, ich kämpfe gegen die, die Geld scheffeln auf Kosten anderer, ich kämpfe gegen das Land, das uns das wegnimmt, was uns gehört. Und wofür kämpfst du? Für dein Vaterland? Für was für ein Vaterland? Das Transportschiffe mit Yankeeefahnen im Hafen liegen hat? Das Studenten umbringt, bloß weil sie gerufen haben: »Kuba ja, Yankees nein?« Was ich aber am allerwenigsten an dir verstehen kann, ist, daß du ein genauso armes Schwein bist wie wir oder die Bauern, die uns hier helfen, und trotzdem mit deinem Gewehr aus deiner Kaserne heraus-

kommst, um die Männer und Frauen deiner gleichen Klasse zu bekämpfen. Du willst mir doch wohl nicht weismachen, du glaubtest wirklich, wir äßen die kleinen Kinder gebraten, wie sie dir erzählt haben. Natürlich glauben wir nicht an deinen Gott. Ich respektiere deinen Gott, obwohl ich nicht kapieren kann, was für ein Gott das ist, der diesen ganzen Scheiß hier zuläßt und nicht ein für alle mal mit der Ungerechtigkeit Schluß macht. Und du willst mir ja auch wohl nicht erzählen, alles müßte so weitergehen, weil es immer so gegangen ist, was? Mensch, ich kann nur lachen über dich! Und der achtzigjährige Bauer, den du totgeprügelt hast, wird auch über dich gelacht haben. Du bist ein armes Schwein. Aber wenn du noch etwas Menschliches an dir hast, so erkläre mir um Gotteswillen, erkläre mir um deines Gottes willen, warum ihr foltern und quälen und Frauen und Kinder vergewaltigen müßt, um uns zu bekämpfen. Ich frage dich nicht, warum du auf der anderen Seite stehst und mir irgendwann in der nächsten Zeit einmal eine Kugel in den Bauch schießen wirst. Ich will bloß wissen, warum diese Folterungen und diese Morde an den wehrlosen Bauern. Warum?»

Der Rancho ist gedrängt voll von ernsten, schweigenden Bauern. Einige sitzen auf der Erde, andere lehnen gegen die Wand. Mein Pate sieht vertrockneter aus denn je. Die Patin hat eine Kerze auf den Tisch gestellt. Selbst die alten Bäuerinnen, immer noch etwas mißtrauisch, sind gekommen. Vor der Tür drängen sich noch mehr Bauern.

Ich spreche einige Minuten. Ich sage dieselben Dinge, die man mich gelehrt hat, in solchen Situationen zu sagen. Daß ein einziger Mann keine Revolution macht. Daß die Menschen sterben, aber nicht die Ideen. Daß wir den Kampf nicht aufgeben dürfen, im Gegenteil, die beste Art, unseren toten Kameraden zu ehren sei, noch mehr und noch besser zu arbeiten. Der Comandante Gabaldón ist tot, aber die Revolution geht weiter.

Mein Pate unterbricht mich: »Ach nein, Tochter, wie soll das möglich sein? Wer soll dies jetzt alles führen?« Als ich gerade zu einer Antwort ansetzen will, hebe ich den Blick und sehe die Gesichter meiner Kameraden. Viele von ihnen hatten an eine Falschmeldung gedacht. Jeden Tag sterben so viele Guerilleros, die dann doch nicht tot sind, daß sie den Gerüchten nicht mehr glauben. Jetzt haben meine Sätze, kalt, mechanisch einer nach dem anderen, sie getroffen, und ich habe es nicht gemerkt. Alle hatten mich fest angestarrt. Ihre Gesichter sind voller Tränen. Ihre Hände verkrampft. Mein Pate war der einzige, der es gewagt hatte zu sprechen, das ist seine Art, den Schmerz zu betäuben. Da vergesse ich meine Rolle und lasse meinen Tränen freien Lauf. Ich breche die Versammlung ab und fühle in der Tasche meiner Männerhose den Brief meines toten Kameraden.

»Erlaube Deinem Schmerz nicht, sich zu verstecken, zwingen ihn, aus Dir herauszukommen und zu kämpfen, damit er Dir Dein Gewehr tragen helfe, damit er Dir den Marsch erleichtere, damit er Kampfgeschreie ausstoße und im Versteck lache und singe. Dein Schmerz und mein Schmerz und der Schmerz aller ist ein einziger kämpfender Schmerz, ist Feuer, das im Morgengrauen brennt, ist Revolution, die vorwärts drängt bis zum Wunder der zerbrochenen Ketten. Dann wird der Schmerz Freude, und aus dem Feuer entsteht eine neue Welt: Lachen wird geboren, und Kinder spielen unschuldig wie fliegende Vögel in den Gärten. Und wir werden dabei sein! Ganz gewiß werden wir dabei sein. Wir sind das Leben und die Freude im gewaltigen Kampf mit der Traurigkeit und dem Tod. Venceremos, Camarada!«

Deutsch von Anneliese Schwarzer de Ruiz

Parteibüros der KPD und Kontaktmöglichkeiten zur Partei

Die Parteibüros sind Kontaktstellen der KPD, der Kommunistischen Jugend Deutschlands, Jugendorganisation der KPD, und der Kommunistischen Studenten. Hier sind sämtliche Veröffentlichungen der Partei zu bekommen. ZENTRALKOMITEE DER KPD, REDAKTION Roter Morgen, 4600 Dortmund 30, Wellingerhof Str. 103, Tel.: (0231) 433691 und 433692.

4800 Bielefeld 1, Parteibüro der KPD, Schildescher Str. 53, geöffnet: Mi 17 - 18 Uhr.

4630 Bochum, Kontaktadresse: Jochen Beyer, Josefinenstr. 110.

2800 Bremen (Walle), Buchladen Roter Morgen, Waller Heerstr. 70, Tel.: (0421) 393888, geöffnet: Mi - Fr 17 - 18 Uhr, Sa 10 - 12 Uhr.

4600 Dortmund 1, Parteibüro Ortsgruppe Dortmund, Stollenstr. 12 (Eingang Clausthaler Str.), Tel.: (0231) 832328, geöffnet: Fr 17 - 19 Uhr.

4100 Duisburg 12, Kontaktadresse: D. Feldmann, Metzger Str. 24, Tel.: (0203) 443014.

4000 Düsseldorf (Eller), Kontaktmöglichkeit zur KPD: Antifaz, Antifaschistisches Zentrum, Alt-Eller 7, geöffnet: Sa 10 - 12 Uhr.

6000 Frankfurt 60, Kontaktadresse: Peter Stecay, Linnestr. 13, Tel.: (0611) 491918.

2000 Hamburg 6, Thälmann-Buchhandlung, Margarethenstr. 58, Tel.: (040) 4300709, geöffnet: Mo - Fr 10 - 18 Uhr, Sa 9 - 12 Uhr.

3000 Hannover 91, Kontaktadresse südliches Niedersachsen, Wolf-Jürgen Herzog, Ossietzkyst. 29, Tel.: (0511) 466529.

7100 Heilbronn, Kontaktadresse: F.-H. Stockmar, Eisenbahnstr. 3/1.

2300 Kiel 1, Buchhandlung Karen Ziemke, Gutenbergstr. 46, Tel.: (0431) 567702, geöffnet: Mo, Di, Do + Fr 9 - 13 Uhr und 15 - 18 Uhr; Mi 9 - 13 Uhr; Sa 10 - 13 Uhr.

5000 Köln 30, Kontaktmöglichkeit zur KPD: Treff- und Lesestube Neue Zeit, Marienstr. 37 a, Tel.: (0221) 554956, geöffnet: Di + Fr 17 - 18.30 Uhr.

5090 Leverkusen 3, Kontaktadresse: A. Brand, Kantstr. 20, Tel.: (02171) 41318. 6700 Ludwigshafen, Kontaktmöglichkeit zur KPD Rheinland-Pfalz/Saar: W. Rohr, Frankenthaler Str. 186, Tel.: (0621) 523966.

7000 Stuttgart 1, Parteibüro der KPD, Haußmannstr. 107, Tel.: (0711) 432388, geöffnet: Mo + Fr 16.30 - 18.30 Uhr, Mi 17.30 - 18.30 Uhr.

Sektion Westberlin, 1000 Berlin 65 (Wedding), Buchladen Roter Morgen, Sprengelstr. 40, Tel.: (030) 4663966, geöffnet: Mo - Fr 16 - 18 Uhr, Sa 11 - 13 Uhr.